

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk.; für 1 Monat 1.35 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 000.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506. • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Ründigung des Waffenstillstands mit Rußland.

### Freie Hand nach Osten. Rückberufung der Kommissionen.

#### Krieg im Osten.

Die amtliche Erklärung der deutschen Regierung muß dieselben Wirkungen haben wie eine neue Kriegserklärung. Bisher waren sich selbst bürgerliche Völkerrechtslehrer, von denen man weiß, daß ihre Ansichten denen der deutschen Regierung nie entgegengelegt und hinderlich gewesen sind, nicht darüber klar, ob zwischen Deutschland und Rußland nach der Erklärung Trotkis überhaupt noch Kriegszustand herrsche. Diesen Zweifel hat die deutsche Regierung beseitigt. Sie hat sich für Krieg entschieden.

Unmittelbar nach der Erklärung Trotkis vom 10. Februar haben wir darauf hingewiesen, daß die Aufnahme militärischer Operationen gegen Rußland der Eröffnung eines neuen Kriegs gleichkommen werde, und daß dazu eine neue Kriegserklärung erforderlich sein wird. Wir standen mit dieser Auffassung nicht allein. Selbst die Germania, die jetzt gern als offizielles Organ des Reichstanzlers angesehen wird, erklärte damals, solange Rußland der Erklärung Trotkis praktisch gerecht werde, könnte Deutschland den Krieg nach Osten tatsächlich nicht fortsetzen, ohne seinen Charakter als Verteidigungskrieg aufzugeben. Vom theoretischen Rechtsstandpunkt aus werde man sich also in die Tatsache fänden müssen, daß Deutschland den von Trotki geschaffenen Zustand, ohne zum Angriffs-krieg überzugehen, nicht ändern könne. Die alldeutsche Presse — namentlich die Kreuzzeitung — erhob gegen diese wohl begründete Darstellung der Lage Einspruch. Andererseits wurde behauptet, daß die Darstellung der Germania wahrscheinlich die Auffassung der Regierung widerspiegeln. Diese Auffassung wurde unter anderem vertreten von der Kölnischen Zeitung, die bisher immer noch über die Regierungsabsichten vorzüglich informiert gewesen ist.

Nunmehr hat sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt gestellt, den die alldeutsche Presse in dieser Frage einnimmt. Ihre Erklärung entspricht nicht der Darstellung der Germania, sondern der Kreuzzeitung. Es muß darauf hingewiesen werden, daß zwischen den Deduktionen der Germania und der amtlichen Erklärung der Regierung die Beratung der Zivilregierung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kaiser im Großen Hauptquartier stattgefunden hat. Die Erklärung der Regierung ist die Folge der Beratung. Ob die Zivilregierung mit ihrer Auffassung unterlegen ist, oder ob sie von vornherein auf einen Fortgang des Krieges mit Rußland abzielte, läßt sich einwandfrei nicht beurteilen. Jetzt steht, daß sie zum mindesten einen Rückschritt in der publizistischen Behandlung der Dinge eingeschlagen hat. Von der alldeutschen Post, die im übrigen ihre Erklärung begründet, wird ihr deshalb folgender Vorwurf gemacht:

Der neue Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland ist freilich groll ab von der ursprünglichen halbamtlichen Erklärung, die von halbamtlicher deutscher Seite über die russische Ausrufung des 10. Februar erlassen worden war. Was das deutsche Volk damals zu hören bekam, sah nach Frieden aus, obgleich es doch schon damals den unrichtigen Stellen offenbar war, daß dieser Friede zweideutig, unecht, ja betrügerisch aussah. Wenn jetzt wieder offener Krieg ist, so ist das natürlich gewiß besser, als jener Friede. Gleichwohl trifft die Regierung jetzt erst recht der peinliche Vorwurf, daß sie die deutsche Öffentlichkeit irreführt und zu Hoffnungen verleitet hat, die notwendigerweise scheitern mußten.

Es ist nötig, diese Einzelheiten festzustellen, da über die Begleitumstände einer so wichtigen Erklärung von vornherein gar nicht genug Klarheit geschaffen werden kann.

Die Erklärung der Regierung läßt sich auf eine formaljuristische Konstruktion, die sich nicht nur nicht mit den Tatsachen vereinbaren läßt, sondern die obendrein auch noch jeder inneren Logik entbehrt. Sie geht aus von der Behauptung, daß Rußland auf den Frieden verzichtet habe. Eine sonderbare Behauptung angesichts der Tatsache, daß der Vertreter Rußlands ausdrücklich erklärt hat, daß Rußland sich als im Friedenszustand befindlich betrachtet. Allerdings hat er auf die Sanktionierung eines formellen Vertrags verzichtet, der nach dem Diktat der deutschen Regierung die Billigung der deutschen Vorschlagsabsichten durch Rußland enthalten sollte. Der Verzicht auf einen solchen Vertrag ist aber noch lange nicht der Verzicht auf die tatsächliche Herbeiführung

des Friedens. Dieser Unterschied wird in der deutschen Erklärung vollständig verwischt. Gestützt auf diese so wenig fundierte Behauptung wird nun in der deutschen Erklärung weiter behauptet, daß nach diesem „Verzicht auf den Frieden“ die russische Regierung auf den Waffenstillstand verzichtet, ja, daß sie ihn gekündigt habe. Von einer derartigen Absicht der russischen Regierung wird selbst der russischen Regierung nichts bekannt sein. Sie hat erklärt, daß sie sich als im Friedenszustand befindlich betrachte, und daß sie demobilisiere. Der Friedenszustand aber schließt selbstverständlich die völlige Waffenruhe ein. Wie kann da der russischen Regierung unterstellt werden, daß sie den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt habe, den sie durch ihre Erklärung zum dauernden Friedenszustand machen will!

Der Vorwande für die Erklärung sind genug. Der Feldzug gegen die Bolschewiki, der in der alldeutschen Presse seit einiger Zeit geführt wird, hat jetzt unerhörte Dimensionen angenommen; das offiziöse Organ der Regierung wie das Bolschewiki Telegraphenbureau nehmen daran teil. Hilferufe aus Estland und Finnland gegen die Schreckensherrschaft der Bolschewiki sollen in Massen bei der deutschen Regierung eingetroffen sein. Die süßenhaften Berichte der alldeutschen Presse reden von den Bolschewiki und ihren Truppen nicht mehr anders als von der plündernden, mordenden und brennenden russischen Soldateska, den Räubern und Mördern und ihren Verbänden, den Entgeltungsstrolchen und den Anarchisten, gegen die die unglückliche Bewohnerchaft der russischen Randprovinzen geschützt werden müsse.

Dieser Feldzug wird unterstützt durch eine Kundgebung der ukrainischen Zentralrada. Ihre Truppen sind von den Bolschewiki geschlagen. Sie hat Kiew verloren, das die Bolschewiki zum Sitz ihrer Regierung gemacht haben. Nun erlöst sie einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem sie um Waffenhilfe gegen die soziale Revolution bittet. Sie versichert, daß sie wisse, daß ihre Stimme gehört werde. Woher die Zuversicht? Sind ihr bindende Versprechungen gemacht worden? Gleichzeitig deutet sie den strategischen Plan für eine deutsche Waffenhilfe für die Ukraine an. Dieser Aufruf, der gleichzeitig mit der Erklärung der deutschen Regierung veröffentlicht wird, und ihr zu gelegener Stunde und sicher nicht unerwartet gekommen ist, deutet bereits auf die wahren Gründe der Fortführung des Krieges hin.

Was soll durch die Erneuerung des Kriegszustandes im Osten noch erreicht werden? Das Einverständnis der russischen Regierung mit den Kriegsziele der Zentralmächte hat bei den Friedensverhandlungen nicht erzielt werden können. Das deutsche Streben geht nach der Erreichung gewisser strategischer Linien, die heute noch in russischem Besitze sind, und die sich durch die Gebiete ziehen, aus denen die alldeutsche Presse jetzt „Notkreise der gedrückten und mißhandelten Bevölkerung“ verzeichnet. Und außerdem soll der Frieden mit der Ukraine dadurch gesichert werden, daß die Zentralrada, die tatsächlich nicht die Macht im ukrainischen Gebiete besitzt, militärisch unterstützt wird in ihrem Kampfe gegen die soziale Revolution, sei es nun durch direkte Hilfeleistung, sei es durch Entlastung durch militärische Operationen an der russischen Nordfront.

Nach der Erklärung der deutschen Regierung erhebt sich die Frage, ob der Erklärung tatsächlich die Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen folgen wird. Der Berliner Lokalanzeiger schreibt darüber:

Wir hoffen, überzeugt sein zu dürfen, daß diese Erwägungen auch an leitender Stelle angestellt worden sind, und daß ihnen die schnelle, kräftig zupackende Tat folgen wird.

Die neue Kriegserklärung ist drei Tage vor Zusammentritt des Reichstags erfolgt. Die Regierung scheint der Billigung ihres Verhaltens durch die bürgerlichen Parteien sicher zu sein. Trotzdem aber wird sie der schärfsten Kritik wegen ihrer Abweisung des russischen Friedenswillens nicht entgehen. Die wahren Vertreter der klassenbewußten Arbeiterchaft werden den Friedenswillen und die Friedensforderungen der deutschen Arbeiter gegenübersehen dem Willen der Regierung zur Fortsetzung des Krieges.

#### Auch ein Selbstbestimmungsrecht.

Wieviel große und schöne Worte haben wir doch in der jüngsten Zeit darüber gehört, daß die deutsche Regierung keine Annexionen im Osten plane, sondern daß sie den „Randvölkern“ das volle Selbstbestimmungsrecht über ihr ferneres Geschick einräumen wolle! Es bestand ja nur eine kleine Differenz zwischen der deutschen und der russischen Auslegung dieses Selbstbestimmungsrechtes. Die Russen verlangten, daß die Besetzung dieser Länder aufgehoben werden sollte, damit die freie Selbstbestimmung der Völker, ungehindert durch äußere Einflüsse, wirklich durchgeführt werden könne. Die deutsche Diplomatie dagegen wollte das Selbstbestimmungsrecht auf den während der Okkupation gebildeten „Vertretungen“ aufbauen. Wie zum Beispiel in Litauen das Selbstbestimmungsrecht durchgeführt werden soll, darüber wird uns jetzt einiger Aufschluß gegeben.

Der Bischof Karcevicius aus Kovna, der sich auf der Rückreise vom Großen Hauptquartier in Berlin befindet und dort eine Audienz beim Reichstanzler hatte, berichtete einem Vertreter des Lokalanzeigers das folgende:

Ich bin hierher gekommen, um den deutschen leitenden Stellen nahezu legen, daß die Zeit gekommen ist, an die Schaffung eines selbständigen litauischen Staatswesens heranzutreten, das selbstverständlich Ablehnung an Deutschland suchen würde. Ich habe zu diesem Zwecke ein Memorandum ausgearbeitet, das ich dem Reichstanzler übergeben habe. Die Litauer glauben, daß es jetzt an der Zeit wäre, dort staatliche Einrichtungen in ähnlicher Weise zu schaffen, wie es in Polen bereits geschehen ist. Wir würden also eine Anerkennung Litauens als selbständiges Staatswesen erwarten, und es könnten dann zunächst vielleicht ähnliche Regierungsanordnungen gebildet werden, wie es in Polen der Fall ist. Die endgültige Regelung der litauischen Staatsbildung bliebe dann immer noch der Zukunft vorbehalten und würde erst erfolgen, wenn wieder mit geordneten Verhältnissen zu rechnen ist. Aus Schwere ein monarchisches Staatswesen vor, daß sich auf christlich-konservativer Grundlage aufbauen würde. Dies würde auch durchaus dem Sinne der großen Mehrheit der litauischen Bevölkerung entsprechen, die in hohem Grade religiös und konservativ gesinnt ist. Eine Ausnahme hiervon machen nur gewisse, nicht zahlreiche Elemente der Bevölkerung, die eine sehr lebhafte Agitation eingeleitet haben, um neue Beziehungen zu Rußland anzuknüpfen und auf diese Weise die Wiedervereinigung Litauens mit Rußland betreiben. Gerade diese Agitation läßt es um so wünschenswerter erscheinen, daß nunmehr der Auslassungsplan der Bildung eines selbständigen Litauens gemacht wird, das sich durch Verträge an das Deutsche Reich anlehnen würde. Ich bin überzeugt, daß wir mit Deutschland zu einem freundschaftlichen Verhältnis gelangen werden, das in Zukunft beiden Teilen zum Nutzen gereichen wird. Ich habe bei den deutschen amtlichen Stellen für die von mir vorgebrachten Wünsche der litauischen Bevölkerung weitgehendes Verständnis gefunden. Man hat mir zugesagt, daß unsere Vorschläge wohlwollend geprüft werden sollen, und ich glaube, hoffen zu dürfen, daß eine Entscheidung, die für die staatliche Entwicklung Litauens bedeutungsvoll sein dürfte und dem neuen Staatswesen feste Grundlagen geben würde, schon in allernächster Zeit erwartet werden darf.

Daß die dem Herrn Bischof gesellschaftlich nahestehenden Kreise diese Auffassung teilen, bezweifeln wir nicht. Woher aber nimmt der Bischof das Recht zu behaupten, daß gewisse nicht zahlreiche Elemente der Bevölkerung, die anderer Meinung sind, wirklich nicht zahlreich sind? Das einfachste wäre, eine Volksabstimmung vorzunehmen, bei der jedoch alle Gewähr eines wirklich freien, durch keinerlei äußere Gewalt beeinflussten Stimmrechts gegeben sein muß. Davon wird aber wahrheitsgemäß der Bischof ebenfowenig wie die deutsche Regierung oder gar die deutsch-litauische Gesellschaft, die sich des Beifalls der Herren Moskale und David erfreut, etwas wissen wollen.

U.-K. Das litauische Volk ist demokratisch. Bei der Revolution 1905 hat es alle russischen Bureaucraten, Polizisten, Lehrer usw. davongejagt und auf einem in Wilna abgehaltenen, von Delegierten aus allen litauischen Bezirken besetzten Kongress hat man beschloffen, Litauen zu einem unabhängigen, demokratischen Staat zu machen. Dieser Beschluß war so vollständig, daß ihn später sämtliche Parteien in ihr Programm aufnahmen. Selbst die niedrige Geistlichkeit ist stark demokratisch eingestellt. Anders sieht es mit dem höheren Klerus der katholischen Kirche, der vorwiegend polnischen Kreisen entstammt. Er vertritt mit den polnischen Grundbesitzern sowie den bestehenden polonisierten ehemaligen Litauern die schroff konservativen Anschauungen und politischen Ziele. Die

**Förderung der Macht des Klerus** steht für ihn dabei im Vordergrund. In einem autonomen, demokratischen Litauen läme man damit schließlich auf die Rechnung. Daher war die Geistlichkeit seit Beginn des Krieges für eine Angleichung an Deutschland. Hier hat die politische Vertretung des Katholizismus schon eine gewaltige Macht. Durch Eingliederung des weit überwiegend katholischen Litauens würde die katholische Kirche und der Ultramontanismus in Deutschland noch bedeutend an Einfluss gewinnen, der dann selbstverständlich auch dem litauischen Klerus zugute käme.

Was die litauische Sozialdemokratie betrifft, das hat ihr langjähriger Führer, Genosse Kuznajtis, in der Neuen Zeit (Nr. 14 u. 16, 17. Jahrg. 2. Bd.) genügend klar auseinandergesetzt. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß man von der „Anschlaffung“ nichts wissen will: schließlich geht nicht mehr, nachdem Litauen sich von der Herrschaft des Zarismus befreit hat, um eine Republik geworden ist. Unser Genosse Janulaitis würde auch jetzt in der gleichen Weise seine Stimme erheben, wenn er dazu nur Gelegenheit hätte.

Am liebsten mit der Anführung der Abhängigen und der antirevolutionären Zerschmetterung treibt es nun natürlich wieder die R. A. Sie widerspricht einer Volksabstimmung mit Argumenten, die dem Sprachgebrauch der schlimmsten Reaktionäre und wütendsten Rechtschöner entnommen sind. Zustimmend zitiert sie ein Bourgeoisblatt:

„Es genügt hierbei, auf die Mehrzahl der Litauer im Gouvernement Litwa hinzuweisen, die alles in allem genommen nicht wissen, was sie eigentlich sind und nicht zu scheiden vermögen zwischen Nationalität und Konfession. Wie vermöchten diese Leute verbindliche abzugeben? Die Abhängigkeit der Bewohner Litauens für fremde Zwecke auf der obersten Stufe von Leuten ausgenutzt werden, die nichts zu verlieren und nichts zu fürchten haben, und die hinsichtlich des Gebrauchs ihrer Hilfsmittel über ein weites Gewissen verfügen. Wäre das aber gerecht oder demokratisch, wenn Geschäftsleute und Personen, die den Dingen fernstehen, Leute ohne politische Bewusstheit, die sich nicht zu orientieren wissen, auf ihre Seite abgeben und in dieser Weise ihre eigenen politischen Richtlinien durchsetzen? Nur eine autoritäre Herrschaft, die fest weiß, was sie ist und was sie sein will, kann über das Schicksal einer Nation entscheiden.“

Der Hinweis auf das unwissende, politisch unreife Volk macht sich in einem sich sozialdemokratisch nennenden Blatt ganz unvermerkt geltend. Das das Volk keine Schulweisheit erschließt hat, ist nicht seine Schuld, sondern die Schuld der Klasse, die ihre Hände nun dazu benutzt, zu ihrem Vorteil das Volk von der politischen Welt abzusondern. Und die R. A. selbst dabei stille. Das litauische Volk hat aber, trotz seiner „Unwissenheit“, stets für eine Demokratie gekämpft und gelitten; so war es auch, daß die Kunst des Lebens seine unbedingte Voraussetzung politischer Anteilnahme ist, das hat ja auch das russische Volk deutlich genug bewiesen. Ganz besonders amüsiert nimmt sich in dem Informationsorgan der Arbeiterschaft der nicht mißzuverstehende Angriff auf angebliche Geschäftsleute, die für fremde Zwecke arbeiten und auf Feindschaft mit dem Gewissen aus.

Der ganze Vorang ist ein Schulheißel dafür, wie die Macher der Friedensreaktion vom 10. Juli 1917 sich praktisch an der Feindschaft des Friedens ohne Annexionen stellen. Wie erklärte doch Herr Scheidemann, offenlich, auf eine Forderung des Grafen von Hertefeld: Er werde seine Entschlossenheit erklären, wenn deutsche Unterhändler eine solche mit nach Hause brächten! Aber man verhält sich nicht nur passiv, man hilft auch, Entschlossenheiten und Annexionen weiter durch formale Bescheinigung „Anschlaffung“ zu erlangen, und so ist hier, was hinter der immer noch nicht ganz hemmscheit Scheidemannscheit der Abhängigen steht: Gemeinschaft mit den Annexionisten!

## Die englische Krise.

### Die diplomatische Lage.

Rotterdam, 15. Februar. Neuwe Rotterdamse Courant erzählt aus London: Da in New York erfahren aus New York folgendes über die diplomatische Lage: Die ganze Presse sieht ein, daß Asquith Wilson untersteht, während Lloyd George nicht mit Wilson einig ist. Doch wird von den Blättern behauptet, aber kurz und deutlich ausgesprochen. Dieser Stand der Dinge hätte, besonders jetzt, kurz bevor der englische Generalstab die Vereinigten Staaten besucht hat, durch die englische Diplomatie verhindert werden müssen. Washington ist tatsächlich seit langer Zeit ohne englischen Botschafter gewesen und Lord Reading wird dort viel aufzuklären haben. Was augenblicklich auf dem Spiele steht, ist nicht geringeres als die Fortdauer der durch die Vorsehung zustandegebrachten Einheit der ganzen englisch sprechenden Welt im Interesse der Freiheit.

### Amerika nicht für Versailles.

New York, 16. Februar. Der New Yorker Verdichter der Daily News meldet, mit Bezug auf die Erklärungen von Versailles erfährt er, daß Amerika nicht mit der Politik des Krieges der Allierten mitgeht. Auf die Tatsache wird viel Nachdruck gelegt. Während der kurzen Sendung des Obersten Spule werden durch diesen im Namen des Präsidenten alle politischen Angelegenheiten ausgeschlossen. General Bliss war einstig und allein militärischer Berater und nimmt diese Stellung jetzt noch ein. Nach der Ansicht Amerikas hat der Kriegsrat der Allierten nur den Zweck, den militärischen Druck auf die Mittelmächte systematisch zu verheeren. (W. Z. B.)

### Nachricht des britischen Generalstabes.

London, 17. Februar. (Mentor.) Das Pressebureau meldet: Die Erweiterung der Aufgaben der dauernden militärischen Vertretung die durch den Obersten Kriegsrat bei seiner letzten Konferenz in Versailles beschlossen worden ist, hat die Einschränkung bestimmter Befugnisse, die bisher durch den Chef des britischen Generalstabes auf Grund eines königlichen Erlasses vom 27. Januar 1916 ausgesprochen wurden, notwendig gemacht. Unter diesen Umständen hielt es die Regierung für richtig, dem General Sir William Robertson die Wahl zu überlassen, zwischen der Übernahme der Vertretung der englischen Armee bei dem Obersten Kriegsrat in Versailles und der Fortsetzung seiner Tätigkeit als Generalstabeschef unter neuen Bedingungen. Aus Gründen, die der Premierminister in einer Erklärung im Unterhause sofort als wichtig im Verlauf der kommenden Woche darlegen wird, vermochte Robertson sich nicht zu entscheiden, den einen oder anderen Posten anzunehmen, und die Regierung hat sein Rücktrittsgesuch mit großem Bedauern angenommen. General Sir Henry Wilson hat den Posten als britischer Generalstabeschef angenommen. Die Befehle des Vorkriegs des dauernden englischen Vertreters in Versailles wird in einigen Tagen bekanntgegeben werden. (W. Z. B.)

### Der Prozess gegen Oberst Revington.

London, 17. Februar. (Mentor.) Heute hat der Prozess gegen Oberst Revington, den militärischen Berichterstatter der Morning-Post, begonnen. (W. Z. B.)

## Die Lage im Osten.

### Eine amtliche deutsche Erklärung.

Berlin, 16. Febr. (Amtlich.) In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trojki zwar für Russland die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Vollversammlung, in der ihm die Entscheidungen des

Dreihundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen, und hat die Verhandlungen abgebrochen.

Durch die einseitige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beseitigt und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden. Vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung eines Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf den Frieden hat daher das bolschewistische Russland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstands verzichtet. Dieser Verzicht ist der Kündigung gleichzusetzen.

Die kaiserliche Regierung stellt hiernach fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen sechsmonatigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

### Rückkehr der Kommissionen.

Berlin, 16. Februar. (Amtlich.) Die deutsche Kommission, sowie die Kommission der verbündeten Staaten haben Petersburg verlassen und heute morgen auf dem Rückwege die deutsche Linie passiert.

### Oesterreichisches Vermittlungsangebot?

Wien, 16. Februar. Nach einer Meldung des Temps aus Petersburg erklärt man in maximalistischen Kreisen, die österreichische Regierung habe den Volksbeauftragten angeboten, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zwischen Nordrussland und der Ukraine zu vermitteln. Wien habe sich verpflichtet, die Wiener Rada zu bedeutenden territorialen Zugeständnissen an die Petersburger Regierung zu veranlassen, dagegen verlangt, daß polnische Abgeordnete den Unterhandlungen über die schwebenden Fragen beiwohnen dürften. Der Rat der Volkskommissare habe nach erneuter Sitzung das Wiener Angebot abgelehnt. (W. Z. B.)

### Keine dauernde Abberufung der österreichischen Kommission.

Wien, 16. Februar. Infolge der Beratung in Russland und zwar speziell in Petersburg herrschenden Anarchie und der dadurch bedingten Unklarheit hat sich der Minister des Äußeren veranlaßt gesehen, die unter Führung des Generalkonsuls v. Kempel in Petersburg befindliche Kommission zeitweilig abuberufen. Die Kommission hat heute die britischen Linien südlich Danaburg überschritten und befindet sich auf der Reise nach Wien. Sobald die Eisenbahnverhältnisse in Petersburg es gestatten, wird sich die Kommission wieder dahin zur Rückbegeben. (W. Z. B.)

### Ein Aufruf der gegenrevolutionären Ukraineregierung.

Berlin, 16. Februar. Die ukrainische Delegation in Breslau-Litowsk hat der deutschen Reichsregierung folgende Erklärung an das deutsche Volk! Am 9. Februar des Jahres haben wir in dem tiefen und heißen Wunsch, mit unsern Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben, einen Friedensvertrag mit den Staaten des Westens unterzeichnet, um dem nutzlosen Bürgerkrieg ein Ende zu machen und alle unsere Kräfte auf das eine Ziel zu versetzen, uns die Form für ein eigenes selbständiges staatliches Leben zu schaffen.

Aber die frühdige Nachricht vom 9. Februar, nach der sich die arbeitenden Massen unseres Volkes so sehr gefreut hatten, hat uns keinen Frieden in unser Land gebracht. Der Feind unserer Freiheit ist in unsere Heimat eingebrochen, um noch einmal, wie schon vor 24 Jahren, mit Feuer und Schwert das ukrainische Volk zu unterjochen.

Die russischen Maximalisten, die vor einem Monat die fast nur aus Sozialisten bestehende allrussische Verfassunggebende Versammlung in Petrograd auseinanderjagt haben, haben jetzt, wie sie sagen, den heiligsten Krieg gegen die Sozialisten der Ukraine unternehmen.

Von Norden fallen die gedungenen Banden der Roten Garde über unser Land herein. Sie vereinen sich mit den von der Front entlassenen russischen Soldaten und mit befreiten Sträflingen. Unter dem erfahrenen Befehl gewesener Polizisten und Gendarmen bringen sie in unsere Städte ein, lassen die Vertrauensleute und Führer der öffentlichen Meinung erschleichen und treiben von den Bewohnern Kontributionen ein. Aus der vernichteten und brennenden Stadt ziehen sie weiter auf die Suche nach neuer Beute.

Diese barbarische Invasion unserer nördlichen Nachbarn hat sich noch einmal zum Ziele gesetzt, wie schon früher in untrer Geschichte, unter schweicheligen Vorwänden die Selbständigkeit unseres Staates zu vernichten. Ihre wahren und letzten Gründe liegen in den unedlen Absichten und Machenschaften derer, die ein Interesse daran haben, die Anarchie in der Ukraine zu sehen, wie ebenso derer, die die Rückkehr der alten Gewalt herrschaft erstreben.

Vor der ganzen Welt erklären wir, daß die Petersburger Kommissionen, wenn sie von einem Zustand des Volkes in der Ukraine sprechen, wenn sie die Zentralrada, das Parlament der ukrainischen Volkrepublik, das aus ukrainischen Sozialisten besteht und weitestgehende soziale und demokratische Reformen ins Leben gerufen hat, eine Rada von Bourgeois nennen.

Die Petersburger Kommission, die mit ihren Worten nur Farnädie das Volk der Ukraine, Polens, Litauens und anderer Völker verblende hat, haben in Breslau-Litowsk sich der schönen Pose bedient, die Rechte des russischen Heeres von der Front zurückzurufen, um sich heimlich gegen die Ukraine zu werfen mit der Absicht, uns zu berauben, die Getreidevorräte nach Norden zu schaffen und das Land zu unterjochen.

Jetzt, wo nach vier Jahren die starre Wand gefallen ist, die uns von unsern westlichen Nachbarn getrennt hat, erheben wir unsere Stimme, um das Unrecht unseres Volkes zu verkünden.

Wir sehen die Früchte unserer jüngsten Revolution in Gefahr und müssen für unsre kaum erzwungene Freiheit kämpfen. Nützliche Zusammenkünfte mit den russischen Banden finden täglich statt. An Woffhänden und an andern Punkten sammeln wir neue Kräfte, um uns den immer neu von Norden eindringenden Massen entgegenzustellen. In diesem harten Kampf um unsre Existenz sehen wir uns nach Beistand um. Wir sind tief überzeugt davon, daß das fried- und ordnungliebende deutsche Volk nicht ablehnend gegenüber wird, wenn es von unser Not erfährt. Das deutsche Meer, das in der Nähe unsern nördlichen Feindes liegt, besitzt die Macht, uns zu helfen und durch sein Einwirken unsre verheerenden Grenzen vor dem weiteren Eindringen des Feindes zu schützen.

Dies ist, was wir in schwerer Stunde zu sagen hatten, und wir wissen, daß unsre Stimme gehört werden wird. (W. Z. B.)

### Die neue rumänische Regierung.

Bukarest, 16. Februar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Unverlässliche Nachrichten aus Paffi zufolge hat General Avradescu sein Kabinett noch nicht vollständig gebildet. Die Grundlage, auf der es nach Avradescus Absicht zu Stande kommen soll, ist der Friede mit den Mittelmächten. (W. Z. B.)

### Dementierung Stockholmer Lügennachrichten.

Wien, 18. Februar. Die polnische Presseagentur meldet aus Warschau: Nach Stockholmer Nachrichten sind die Meldungen

über die militärischen Erfolge des Korps Tomboz-Muskiel hart übertrieben. Die polnischen Truppen haben weder Krasienka angefangen, noch Mosien, Wiewit oder Smolensk erobert. Das Korps zählt 25.000 Mann und hat Wdneruff besetzt und dort Lebensmittel und Munitionsvorräte erobert. Bis her hat das Korps Angriffe der bolschewistischen Banden erfolgreich zurückgewiesen. (Telunion.)

### Der kurländische Landesrat.

Riga, 15. Februar. Wie der Korrespondenz B. aus Mitau gemeldet wird, hielt der kurländische Landesrat heute seine erste Sitzung ab, die der Verwaltungsdirektor v. Goffier eröffnete und in der nach einer Besprechung der Armen- und Krankenfürsorge auf dem Lande zwei Anträge einstimmig angenommen wurden betr. Umrechnung des russischen Rubels in Markwährung bei der Erfüllung alter Forderungen und Vereinfachung der das Wirtschaftsleben und den Verkehr hemmenden Bestimmungen. (W. Z. B.)

### Die Türken in Erzindshan.

Konstantinopel, 16. Februar. Das Kriegspressquartier teilt mit: Der Widerstand der armenischen Banden in den Dörfern Kurb, Perakel, Grel und Polnizbagh westlich von Erzindshan und in dieser Stadt, sowie nördlich davon zu leisten verlusten, wurde leicht gebrochen und am 14. Februar die Stadt Erzindshan, die Straße Erzindshan-Arbassa, die nach Norden führt, sowie die Gegend von dieser Straße und die Astenortschaft Öbete von diesen Banden gesäubert. (W. Z. B.)

### Weiteres Vordringen der Türken.

Konstantinopel, 16. Februar. Das Pressequartier meldet: In der Kaukasus-Front verjagten unsre Sicherungsabteilungen trotz der Unbilden des Wetters Banden, mit welchen sie bei jedem Schritte zusammenstießen, erreichten am 15. Februar die Gegend von Schmebe, 28 Kilometer östlich von Akelt und gelangten an der Küste in den Ort Baki Kadir, 30 Kilometer von Ghrule. Die Banden stützten aus Erzindshan und Umgebung in der Richtung auf Wama Kalun. (W. Z. B.)

## Die Kämpfe in Russland.

### Sieg der Bolschewiki über die Zentralrada.

Basel, 16. Februar. Nach einer Meldung der Neuen Korrespondenz aus Petersburg telegraphierte der Präsident des Zentralvolkskongresses der Sowjets der Ukraine aus Kiew unter dem 13. Februar: Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Zentralrada und die von ihr angeführten gegenrevolutionären Truppen am 12. Februar durch die Truppen der Sowjets geschlagen wurden. Infolgedessen ist das Komitee der Sowjets der Ukraine sowie das Sekretariat der Bauern und Arbeiter der ukrainischen Republik von Charkow nach Kiew übergeführt worden.

### Bolschewistische Erfolge in Südrussland.

Petersburg, 16. Februar. (Petersburger Telegraphenagentur.) Nach einer Schlacht zwischen Roten und weißen Garde einerseits und tatarischen Truppen andererseits wurde die Hauptstadt der Krim Simferopol genommen. Die Kaimbrade ist beschlagnahmt. Die Tataren befanden sich auf der Flucht. Die Truppen, Arbeiter und Matrosen, erkennen lediglich die Autorität der Sowjets an. Die Nachricht der ausländischen Presse, im Kaukasus und in der Krim herrsche die Pest, ist vollkommen erfunden.

Die Unternehmungen des Generals Alexejew gehen im Gebiet von Tanager vorwärts. Festige Zusammenstöße haben zwischen den Roten Garde und dem Gegner stattgefunden. In den erbitterten Kämpfen bei Woroneß wurden die Sowjettruppen von allen Seiten umzingelt. Im Falle der Ausführung der geplanten Einschließung der revolutionären Truppen soll Alexejew über Woroneß und Charkow hinaus nach Moskau und Petersburg vordringen. (W. Z. B.)

### Eine Verhöhnung.

Petersburg, 16. Februar. (Petersburger Telegraphenagentur.) Es wurde eine Offiziersverhöhnung aufgedeckt, welche den Zweck hatte, Lenin aufzuheben, um ihn als Geiseln zu gebrauchen. In der Befreiung der Organisation wurden Armeedombden und geladene Handgranaten gefunden. (W. Z. B.)

## Vor einer Sozialistenkonferenz in London.

Paris, 15. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Die Kammerfraktion der unifizierten Sozialisten trat am Morgen zum Empfang der englischen und belgischen Vertreter zusammen, die hierher gekommen sind, um sich mit den französischen sozialistischen Abgeordneten über eine interalliierte Konferenz zu verständigen. Henderson und Ramsay MacDonald luden die andern Gemoten zu dieser ersten Konferenz ein, die in London stattfinden soll, wo man sich über die allgemeinen Grundsätze eines demokratischen und gerechten Friedens zu verständigen beschäftigt. MacDonald erklärte, daß man sich zwar mit keinem faulen Frieden begnügen könne, aber vor dem Zusammentritt einer internationalen Konferenz eine vollkommene Übereinstimmung zwischen allen Sozialisten der alliierten Völker erzielen müsse. Sunmans und Brokdrere, die belgischen Vertreter, stimmten dieser Erklärung zu. Es scheint, daß über diesen Punkt auf der demnächst in London stattfindenden Konferenz eine Verständigung erzielt werden muß. (W. Z. B.)

## Vom Tage.

Der Haushaltsvoranschlag des Reiches für 1918 schließt mit 7.382.000.000 M. gegen 4.401.876.000 M. im vorigen Jahre ab. Ein Fehlbetrag von 2.976.000.000 M. soll durch neue Steuern gedeckt werden, die Vorlagen dazu werden dem Reichstage erst später ausgeben. Der Etat ist nicht etwa nach neuen Gesichtspunkten aufgestellt, er beschränkt sich im wesentlichen auf Wiederholungen aus den früheren Kriegsjahren. Die Steigerung der Ausgaben ist in der Hauptsache auf das Anwachsen der für die Verzinsung der Reichsschuld erforderlichen Summen von 3½ Milliarden auf fast 6 Milliarden zurückzuführen.

Die tolle Welt in Russland zugeht, das kann man aus folgender telegraphischen Meldung entnehmen, die das Volksbureau aus Petersburg unter der Überschrift: Offiziere als Zeitungsvorkäufer bringt:

„In Moskau befinden sich zur Zeit 5000 arbeitslose Offiziere, die zum Teil als Transportarbeiter, Portiers und Zeitungsvorkäufer Beschäftigung finden. Die Mehrzahl leidet Hunger.“

Es ist also höchste Zeit, daß die alliierte Welt vor dem bolschewistischen Sozialismus gewarnt wird. Man stelle sich vor, was daraus werden sollte, wenn etwa auch in andern Ländern die Offiziere mit solchen proletarischen Beschäftigungen ihr Leben fristen sollten!

Die Erregung unter den Polen über den Friedensvertrag mit der Ukraine ist immer noch im Steigen begriffen. Der Warschauer Regimentsrat, auf dessen Loyalität die deutsche Presse geschworen hat, ist zwar nicht zurückgetreten, aber er vertritt in Warschauer Blättern einen Aufruf an die polnische Nation, von dem die Kreuzzeitung sagt, daß er „an Unabständigkeit, Mobilität und Dreistigkeit der Sprache alles bisher aus Warschau gewohnt — und das ist sicherlich nicht wenig — in den Schatten stellt.“ Das Blatt gibt folgendes aus diesem Aufruf wieder:

Vor Gott und vor der Welt, vor den Menschen und vor dem Tribunal der Geschichte, vor dem deutschen Volk und vor den Bürgern Österreich-Ungarns erhebt der Regimentsrat seinen Protest gegen die Teilung Polens, spricht ihm seine Anerkennung ab und brandmarkt sie als einen Vergewaltigungsakt. Dem Willen der Nation Rechnung tragend, verbietet der Regimentsrat im Amt, um das polnische Schul- und Gerichtswesen zu beschützen und den Nachfolgern die Idee des nicht verkleinerten Vaterlandes zu überliefern.

Katholische Proteste haben auch das zurückgetretene polnische Ministerium und die Warschauer Stadtverordnetenversammlung erlassen. Die Kreuzzeitung nimmt an, daß jetzt endlich der deutsche Geduldsfaden zerreißen würde. Katholische Blätter drohen schon seit Tagen damit, daß man gegen die Polen jetzt ganz andre Taktiken anzuwenden würde.

Aus Wien wird berichtet, daß der Polenklub des Abgeordnetenhauses einen Aufruf an das polnische Volk erlassen habe, der ebenso wie eine Resolution des Polenklubs im Herrenhause in schärfstem Tone abgefaßt ist.

## Der Krieg zur See.

### Streifzug in den Kanal.

Berlin, 18. Februar. (Amstsch.) 1. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar haben abermals leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug in den südlichen Teil des Ärmelkanals durchgeführt. Die bisherige umfangreiche Bewachung in der Straße von Dover-Calais und in der Linie Kap Gris Nez—Folkestone war nicht mehr vorhanden. Nur vor Dover wurde ein Borspottendampfer angegriffen und durch Geschützfeuer zerstört. Unsere Streifkräfte sind ohne Zwischenfall zurückgekehrt.

2. Am 18. Februar griffen unsere Flugzeuge in den südlichen Haupten englische Wasserflugboote an, die einen von England nach Rotterdam führenden Geleitflug begleiteten. Eines der Flugboote wurde durch Oberleutnant J. E. d. Ref. Christianen brennend zum Absturz gebracht.

3. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden von unseren U-Booten 6 Dampfer zerstört, darunter zwei mittelgroße Tankdampfer, die unter der englischen Mille.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

## Der Luftkrieg.

### Luftangriff auf London.

London, 17. Februar. Neuter selbst amtlich: Feindliche Flieger beschoßen die Küste von Kent in der Höhe der Rheinmündung gestern Abend kurz vor 10 Uhr und glugen gegen London vor. Bisher ist, wie berichtet wird, erst eine Bombe in London abgeworfen worden. (W. Z. S.)

## Vermischte Kriegsnachrichten.

### Amerikanischer Stützpunkt auf den Azoren.

Berlin, 16. Februar. Der Commercial des Porto meldet unter dem 2. Februar, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika die portugiesische Regierung um die Erlaubnis ersucht haben, zur Errichtung eines Stützpunktes einige tausend Marine auf den Azoren zu landen. Die Vereinigten Staaten, die bereits Artikulation zur Befestigung der Azoren gelangt haben, stellen auch die nötigen Flugzeuge und Unterseeboote für die Azoren und für Madeira zur Verfügung. (W. Z. S.)

## Deutschland.

### Die ersten Arbeiten des Reichstags.

Auf die Tagesordnung der ersten Reichstags-Sitzung nach der Weihnachtspause am Dienstag, 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, hat der Präsident nach dem Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Militärisches) gesetzt. Weitere Gegenstände auf der Tagesordnung zu sehen, hat der Präsident sich vorbehalten.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine soll am Mittwoch auf die Tagesordnung gestellt werden, für diesen Tag wird die große Rede des Reichskanzlers erwartet.

### Die neuen Reichstagsitze.

Ueber den Inhalt des Gesetzesentwurfs über die Vermehrung der Reichstagsitze und die Einführung der Verhältniswahl für die Reichstagswahlen, der vom Bundesrat verabschiedet worden ist, werden folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Vorgesehen ist eine Vermehrung der Reichstagsitze um über 40. Im einzelnen werden künftig in Berlin 10, in Zeltow-Weeslow 7, in Nieder-Barnim 3 Abgeordnete gewählt werden, was für Groß-Berlin und Umgebung gegen den jetzigen Zustand eine Vermehrung der Abgeordneten um 12 ausmacht. Stark bedacht mit neuen Reichstagsitzen wird ferner das rheinisch-westfälische Industriegebiet. So werden im Westen Bochum künftig vier, Köln, Dortmund, Duisburg und Essen je drei, Düsseldorf und Elberfeld je zwei Abgeordnete zu wählen haben. Weniger stark ist die Vermehrung der Reichstagsitze im östlichen Industriegebiet; dort werden nur für Königsbrunn und Hindenburg die Mandate auf je zwei erhöht. Auch für die Großstädte im Reich sind entsprechende Vermehrungen der Reichstagsitze vorgesehen; so wird künftig in Hamburg fünf, Leipzig vier Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden haben.

Für diese und noch für eine Reihe anderer größerer Wahlkreise wird die Verhältniswahl eingeführt. In diesem Zweck werden die bisherigen Einzelwahlkreise zusammengelegt, so daß nach dem Gesetzesentwurf Groß-Berlin künftighin statt acht Wahlkreise (Berlin 1 bis 8, Zeltow-Weeslow und Nieder-Barnim), deren drei bilden wird; Berlin mit zehn, Zeltow mit sieben, Nieder-Barnim mit drei Abgeordneten. Eine Zusammenlegung der bisherigen Einzelwahlkreise zu je einem mit mehreren Abgeordneten findet weiter statt in Breslau, Köln, Leipzig, dem Staat Hamburg und anderen. Im westlichen Industriegebiet werden, um zu einheitlichen Großwahlkreisen zu gelangen, auch bisherige Wahlkreise zerlegt.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß diese Vorlage trotz ihres fortschrittlich-erscheinenden Charakters in Wirklichkeit nur eine Begünstigung der bürgerlichen Parteien bringt. An Stelle dieses Mikrowerks muß eine wirkliche Reform des Reichstagswahlrechts kommen: gleiche Einleitung der Wahlkreise auf Grund der Volkszählungen, Verhältniswahl für das ganze Reich, Frauenstimmrecht.

## Kriegsgerichtsurteile.

### Der Lokalanzeiger vom Sonntag berichtet:

Die drei außerordentlichen Kriegsgerichte waren auch gestern wieder mit einer ganzen Anzahl von Fällen beschäftigt, bei denen es sich um Vergehensdelikte der Gefangenheit des Strafs von 31. Januar handelte. Wegen verurteilten Landesverrats war der Arbeiter Carl H. angeklagt. Dieser war in der Flugzeugfabrik in Adlershof beschäftigt, wo am 31. Januar eine große Zahl von Arbeitern in den Ausstand traten. Der Angeklagte war dort Vertrauensmann des Konsumvereins und soll einen Arbeiter, der nicht streiken wollte, dazu haben überreden wollen, indem er ihm ein Flugblatt, welches von der Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten unterzeichnet war, zum Lesen und zur Nachsicht übergab. Der Angeklagte behauptete, daß er nur im Interesse der Herstellung eines baldigen Friedens habe wirken wollen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte zum Zwecke des Ausstandes gewirkt habe und verurteilte da es sich um den Versuch des Landesverrats handelte, den Angeklagten zu sechs Monaten Zuchthaus, die in 3 Monate Gefängnis umzuwandeln wurden. — Unmittelbar vor den Toren des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz hatte sich eine turbulente Szene abgespielt, die den Kaufmann Smolnikowski und die Arbeiter Hardey und Dohrim vor das Kriegsgericht am Randgericht I führte. Sie waren wegen Widerstandes, der letztere auch wegen Transportgefährdung angeklagt. Dohrim wurde von einem Schuhmann festgenommen, weil er verdächtig war, die Reine der Kontaktstange eines Straßenbahnwagens zerhackt zu haben. Hardey hatte versucht, ihn zu befreien, und als in dem Moment auch der erstere Angeklagte festgenommen werden sollte, schlug dieser mit einem Knüttel nach dem Schuhmann, doch wurde der Schlag von einem anderen Schuhmann aufgefangen. Da sowohl der erste als der dritte Angeklagte verwundete Leute sind, hielt das Gericht bei dem ersten 8 Monate, bei dem dritten 6 Monate Gefängnis für ausreichend. Von der Anklage der Transportgefährdung wurde Dohrim freigesprochen, Hardey wegen versuchter Gefangenens-Befreiung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Unter der Anklage der Aufforderung zum Streik stand eine Frau Reuner. Der Gerichtshof hielt ihre Schuld nicht für nachgewiesen und erkannte auf Freisprechung.

### Weitere Streifproesse.

Der Lokalanzeiger berichtet: Gegen 64 Personen richtete sich eine Anklage wegen verweigerter Wiederaufnahme der Arbeit in einem Betriebe zur Herstellung von Kriegsgeschützen. Es handelt sich um eine Arbeitsdienstleistung bei den Deimler-Motor-Werken in Marienfelde. Von den Angeklagten ist eine ganze Anzahl inzwischen zum Heere eingezogen worden, so daß nur gegen 51 Angeklagte verhandelt werden konnte. Diese wählten zu ihrer Entschuldigung die verschiedensten Gründe geltend, teilweise wollten sie den Befehl des Oberbefehlshabers bezüglich des Termins, bis zu welchem die Arbeit wieder aufgenommen werden mußte, mißverstanden haben. Das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts I sprach nach umfangreicher Verhandlung 4 Angeklagte frei und verurteilte 2 zu 4 Wochen, die übrigen zu je 14 Tagen Gefängnis. — Vor anderen Abteilungen des außerordentlichen Kriegsgerichts wurden gegen einzelne Personen mehrere ähnlich liegende Fälle verhandelt. Sie endeten mit Verurteilungen zu 4 bzw. 6 Wochen Gefängnis. — Die Arbeiterinnen Mies und Mawewitz hatten sich vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts I zu verantworten. In der Punitionsfabrik von Hansmeier in der Röhrender Straße hatten beide Angeklagten auf einem Hofe des Gebäudes Posto gefaßt und mit den zur Arbeit gehenden Arbeiterinnen Gespräche begonnen, in denen gesagt wurde, daß sie nicht weiter arbeiten dürften und die Ruhe auszeräumt würde, wenn sie nicht zu der auf den Nachmittag anberaumten Streikversammlung erschienen. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Eine italienische Untersuchungskommission. Auf Wunsch des Ministerpräsidenten Orlando ist die unter dem Vorsitz des Generalen Canova zur Untersuchung und Berichterstattung über die Ursachen und die Verantwortung für den Rückzug an die Piave eingesetzte Untersuchungskommission zusammengetreten. (W. Z. S.)

## Die deutschen Tagesberichte.

### Großes Hauptquartier, 17. Febr. Amstsch. (W. Z. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und im Artois vielfach aufsehender Feuerkampf. In kleineren Infanteriegefechten bei Cherish und südlich von Marcoing wurden Gefangene eingebracht.

#### Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Bei Zohre und Ripont, auf dem östlichen Massener und im Sundgau zeitweilig erhöhte Geschützaktivität.

Unsere Flieger haben in der letzten Nacht London, Dover, Dinard und feindliche Seestreitkräfte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Großrussische Front.

Der Waffenstillstand läuft am 18. 2. 12 Uhr nachts ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

#### Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Großes Hauptquartier, 18. Febr. Amstsch. (W. Z. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Die Infanterieaktivität blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt.

Bei klarem Frostwetter waren die Flieger am Tage und in der Nacht sehr tätig.

Militärische Anlagen hinter der feindlichen Front wurden in großem Umfang mit Bomben belegt. Ein Flugzeug griff London an.

In den beiden letzten Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 16 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone abgeschossen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

#### Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

## Ein Bittelbrief der Gewerkschaften.

Durch die Tageszeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß die Generalkommission der Gewerkschaften den geschäftlichen Körperschaften ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm übermittelte habe. Bei näherem Zusehen entpuppt sich diese Denkschrift als ein Machwerk ohne Saft und Kraft, das den moralischen Bankrott der Gewerkschaftsführer aufs deutlichste veranschaulicht. Keine Spur von gewerkschaftlichem Selbstbewußtsein, keine Spur von sicherem Kraftgefühl, durch das man dem Gegner Achtung und Respekt abnötigt! Wie ein paar Handwerksburschen vor dem Pfarrer, so stehen die Gewerkschaftsführer vor der

bürgerlichen Öffentlichkeit und weisen ihre guten Zeugnisse vor.

Die Denkschrift beginnt mit einigen Redensarten über „Waffengeklirr, Rauch und Blut“, durch die die Kulturwelt infolge des Weltkriegs erfüllt ist. Nachher läßt sie die Zeugen aufmarschieren, die den Arbeitern in den Kriegsjahren eine bessere Zukunft versprochen haben. Mit Bethmann Hollweg geht es los; der hat ja am 18. Januar 1917 von einer Zukunft Deutschlands geschrieben, „in der alle seine Söhne ihr Glück finden sollen“. Dann folgt eine Reihe anderer Leute, die die Arbeiterschaft wegen ihres politischen Wohlverhaltens für reich befunden und sie belobt haben: Professor Ouden, Staatssekretär Dr. Delbrück, Bibliotheksdirektor Dr. Thimme, Professor Brande, Friedrich Kaumann, Dietrich von Dörker, Professor Anschütz usw. Alle sind sie des Lobes voll und ihnen, die Arbeiterschaft könne nicht unbefolgt bleiben. Einer der benannten Zeugen, nämlich der Frankfurter Unternehmer Dr. Fritz Kässler, hatte geschrieben:

„Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder wird naturgemäß auch in Zukunft die erste Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Das ist aber doch an sich kein ausreichender Grund, um sie grundsätzlich zu bekämpfen. Man kann im Gegenteil die Ansicht vertreten, daß die Industrie eine ruhig fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaften nur begünstigen sollte, aus der Ueberzeugung heraus, in der Größe der Gewerkschaften die beste Sicherung gegen leichtsinnige Arbeitseinstellungen zu haben. Denn mit der Anzahl der Mitglieder und der Größe des Vermögens wächst die Verantwortung der Führer für jeden leichtsinnigen Schritt.“

Die „wachsende Verantwortung“ und der Abscheu der Gewerkschaftsführer vor „leichtsinigen Streiks“ verweist den Unternehmer in Entzücken — aber offenbar doch nur deswegen, weil beides für den Unternehmer profit vorteilhaft ist! Die Gewerkschaftsführer haben zwar ganz recht, wenn sie glauben, sich durch solche Zeugnisse des Wohlgefallen der bürgerlichen Öffentlichkeit zu erheben, aber sollten diese Zeugnisse nicht zugleich den Arbeitern zu denken geben? Die Denkschrift tut noch ein übriges; sie erklärt festerlich, die deutschen Arbeiter hätten nie daran gedacht, ihr Vaterland zu verraten und im Rücken der Landesverteidiger Revolutionen zu entfachen. Wie ein roter Faden geht es durch das ganze Machwerk: der Kapitalistenklasse einige Zugeständnisse für die Arbeiterschaft abzubetteln, weil diese es durch ihr Wohlverhalten verdient habe, und weil kleine Geschenke die Freundschaft erhalten.

Diese Taktik muß sich je länger, je mehr als falsch erweisen. Einerseits wird auf die Dauer die Arbeiterschaft nicht mit den Wohlstandsgewinnen zufrieden sein, die von dem Unternehmertum fallen. Andererseits denkt das Unternehmertum gar nicht daran, Ausgaben zu machen, zu denen es nicht gezwungen wird. Je öfter und nachdrücklicher die Gewerkschaftsführer ihre gute Gesinnung, ihre wirtschaftliche Friedensliebe betonen, desto übermütiger und unangenehmlicher wird das Kapital. Eine Gewerkschaftsbewegung, deren ganzes Bestreben darauf hinausläuft, sich des in ihr lebenden Kampfgeistes zu entäußern, verliert geradezu Selbstwert.

Man vergleiche doch einmal mit jenem würdelosen Gekrammel der Gewerkschaftsführer das Verhalten der Unternehmer. Sie haben im Kriege glänzende Profite gemacht, denken aber gar nicht daran, sie freiwillig mit der Arbeiterschaft zu teilen. Wer etwas von ihnen will, muß eine Macht sein, die mit ihnen zu kämpfen vermag. Das Kapital beugt sich wohl der Macht und dem Zwange; es bleibt aber gegen alles Gewimmer über das Wohlverhalten der braven Arbeiterschaft empfindungslos.

## Arbeiterimperialisten.

Unter Führung von Samuel Gompers, dem amerikanischen Delegierten, hat die amerikanische Arbeiterföderation sich gegen den Gedanken der Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses erklärt.

Gleichzeitig wird von englischen Sozialimperialisten an der Aufrechterhaltung des Kriegswillens der amerikanischen Arbeiter gearbeitet. Auf einer in Neuport zu Ehren der englischen Arbeiterabordnung in den Ver. Staaten abgehaltenen Massenversammlung vor Arbeitern erklärte das englische Parliamentsmitglied Duncan: Die Amerikaner kennen nur wenig die den Amerikanern auf fallende Aufgabe und ich fordere die Arbeiter in Amerika auf, aus den Erfahrungen der englischen Arbeiter während des Krieges Nutzen zu ziehen. Die Behauptung, daß die englische Arbeiterschaft den Frieden (verstümmelte Stelle, heißt wahrscheinlich, den Frieden um jeden Preis) will, ist lächerlich. Wir haben den Krieg nicht aufgegeben und nicht dazu angefordert, und nun haben wir geübt. Wir sind nicht bereit, den Feind die Friedensbedingungen aufstellen zu lassen.

Der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften, Appleton, erklärte, daß er selbst das höchste Vertrauen zu der Fähigkeit Englands bestehe, standzuhalten. Er fügte hinzu: Wir mögen zurückweichen müssen, aber wir werden erreichen, was wir brauchen. Deutschland steht mit seinem Rückzug ein, da wir in einer besseren Lage sind wie jemals zuvor. Die Medien wandten sich gegen die angeblichen Arbeitermüdigkeit in Großbritannien und erklärten, daß die Hauptmasse der Arbeiter für den Krieg bis zum Ende sei.

Die Verhältnisse der englischen Arbeiterorganisationen sprechen freilich eine andre Sprache wie diese Führer. Trotz des Aufstretens Gompers wollen die Vertreter des britischen Arbeitertums die größten Anstrengungen machen, bei der bevorstehenden internationalen Konferenz eine Einigung unter dem Arbeitertum der Entente-Länder hinsichtlich der Kriegsziele auf der Grundlage keine Entschädigungen, keine Annexionen, Selbstbestimmungsrecht für Völkern, und Polen, herbeizuführen.

## Aus der Partei.

### Zur Wahl in Nieder-Barnim.

Da Genosse Breitfeld eine Verlängerung seines Urlaubs nicht erreichen konnte und er wieder zu seinem Truppenteil zurückkehren muß, so ist es ihm leider unmöglich, an Sitzungen und Versammlungen teilzunehmen.

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

### Verantwortlich für den Anseratenteil:

Aug. Lehmann in Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag Dr. Altmann & Co.

Diese Nummer umfaßt 5 Seiten

**Volkshaus** Spezialernte für heute: Huhn mit Rindfleisch — Erbsen mit Kartoffeln. — Morosen; Sauerkraut mit Erbsen. — Kartoffelstückchen.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Februar.

Geschichtskalender. 18. Februar 1546: Martin Luther in Eisen...

Sonnenaufgang: 7,14, Sonnenuntergang: 5,15. Monduntergang: 2,1 vorm., Mondaufgang: 10,1 vorm.

Sieben volkstümliche Heimatschuh-Vorträge.

verankert die hiesige Ortsgruppe des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz...

Am Freitag sprach an Stelle des durch Krankheit verhinderten Professors Brach-Dresden, der über den Schutz der Kleinstenwelt...

250 000 Mk. zur Möbelversorgung für Kriegsgeliebte.

Am 6. Februar haben die Stadtverordneten einer Ratsovorlage über die Möbelversorgung...

Die Mittel dürfen nur für Leipziger Einwohner verwendet werden und zwar sind bei der Berücksichtigung von Gesuchen...

Die Möbel sind in erster Linie von Leipziger Gewerbetreibenden zu beziehen, die sich zu einem Lieferungsverbande zusammenschließen.

Vorverkauf bei den Städtischen Theatern.

Im Interesse der Theaterbesucher und zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs an den Tageskassen können bis auf weiteres Kartenbestellungen durch Fernsprecher nicht mehr angenommen werden...

Die Preistreibe mit Gemüse.

Jetzt wird das Saatgut für Gemüse, Kohl und Hülsenfrüchte verkauft. Wenn die Behörden Preise und Verteilung wirklich regeln...

eine Kinderel ist, mit Preisbestimmungen und Verteilungsrezepten dann anzufangen, wenn die Ernte naht. Es muß viel früher damit begonnen werden...

Arbeitszwang ein Heilmittel gegen Diebstahl?

Da die wirtschaftliche Not für weite Volksschichten überaus hart ist, nehmen ganz naturgemäß die Verbrechen, insbesondere die Diebstähle zu...

Der Zuckerrübenanbau gefährdet!

Trotzdem wir auch in den Kriegsjahren gute Zuckerrübenmieten hatten, leidet das Volk Mangel an Zucker. Man weiß aber, wie es gemacht wird, daß nicht mehr Zucker an die Bevölkerung kommt...

Lebensmittelliste für Dienstag, den 19. Februar 1918.

Für Haushaltungen. K u m e l d u n g: Kartoffel- und -Gruppen: Leichter Tag - abzugeben 17 E und K der Lebensmittelliste Reihe A und Fleischmarken Y 1-4...

Die Entschädigung der wegen Kohlenmangel feiernden Arbeiter.

In dem vom Bundesrat über die Bereitstellung von Reichsmitteln für die Entschädigung der wegen Kohlenmangel feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen...

Der Amtsschimmel und die Papiernot.

Wie trotz aller Papiernot St. Bureauftraktus in der Amtshauptmannschaft sein Wesen treibt, möge folgender Fall beweisen. Ein Arbeiter, der schon seit Jahren seine Gemütskräften für seinen Schreiberparten von auswärts bezog...

ver Amtshauptmannschaft angefertigt, mit dem vorgezeichneten Wert, daß das Ferkel von einem Händler zu beziehen sei; außerdem hat der Schein nur einige Wochen Gültigkeit...

Die öffentliche Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wird sich unter andern auch mit dem städtischen Großmarkt beschäftigen. Ferner wird über die Beteiligung der Stadt an einer Milchrodungsanlage...

Einhaltung der Preise bei angemeldeten Waren. Aus Verbraucherkreisen wird gefordert, daß Kleinhändler vertriebsmäßig höhere Preise fordern, als in den Preisbekanntmachungen...

Sichere Preise für Mäntel und getragene Uniformen. Und wird geschrieben: Die Reichsbekleidungsstelle hat neuerdings die Preise für getragene Herren-, Damen- und Kinderbekleidung...

Die städtische Zwiebelversorgung. Endlich hat der städtische Großmarkt für Doh und Gemüse, dessen Fürsorge für die Versorgung der Bevölkerung der Rat über das Schellenhaus lobt...

Der Zwiebel für Kinder bis zu zwei Jahren kann in jeder beliebigen Bäckerei entnommen werden, nicht nur in den Bäckereien, die Weißbrot für Kranke liefern...

Wirtschaftliche ist für die Wirtschaft nur noch auf den Anfall aus den Kommunalabgaben angewiesen, da ihr Restposten aus anderweitigen Einnahmen nicht mehr wie bisher zur Verfügung gestellt werden können...

Zeitungs- und Papierversammlung. Zur unerlässlichen Schaffung der Strohpresse muß auch weiterhin altes Zeitungspapier zum Füllen der Pressen unserer Soldaten verwendet werden...

Neue Bekannmachungen. Die in der heutigen Ausgabe abgedruckten Bekannmachungen betreffen: Kartoffelverkauf auf die Marke C der Landeskartoffelmarkte...

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Auf dem Schlachthofe findet morgen kein Verkauf statt.

Schellenberger. Heute: Nr. 5601 bis 5800.

Polizeinachtichten.

700 Mk. verloren. Eine Wirtin hat am 18. Februar vor-mittags gegen 19 Uhr eine Brieftasche aus braunem Krottsleder mit 700 bis 750 Mk. in der Magdeburger Straße verloren...

Bereine und Berammlungen.

Der Deutscher Leipzig-Städterklub hielt am Sonntag, dem 2. Februar, seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Marchionini referierte über: Groberungs- oder Verhandlungsfrieden? Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen...

## Aus der Reichshauptstadt.

**Butter.** Von der Groß-Berliner Zeitstelle wird eine neuerliche Sonderzuteilung von 40 Gramm Butter auf den Kopf der Bevölkerung erfolgen. Die Butter wird vom 25 bis 28. Februar auf besondere Karten ausgegeben.

**Nach dem Genuß verdorbener Gemüseservisen verstorben.** Am Freitagvormittag fanden die Bewohner des dritten Stockwerks des Hauses Badstraße 42/43 die Kriegerfrau Martha Thormann schwerkrank im Bett liegend vor. Sie hielt ihre fünfjährige Tochter Elisabeth in den Armen, während ihr achtjähriger Sohn Willi auf dem Fußboden lag. Beide Kinder waren tot, wie ein Arzt feststellte. Frau Thormann selbst war nicht mehr imstande, eine Auskunft zu geben. Der Arzt fand noch Überreste einer Mohnrübennahrung vor, die aus Konservisen zubereitet war. Der Arzt stellte fest, daß diese Gemüseservisen verdorben waren, und daß die Familie das Opfer einer Vergiftung geworden war. Die schwerkrank Frau Thormann wurde in das Krankenhaus Aranienhaus übergeführt.

**Von Hühnerdieben erschossen.** Sonnabendmorgen wurde auf dem Bahnhof Groß-Behniß gemeldet, daß nachts Diebe dem Orte einen Besuch abstatteten und mehrere Hühner gestohlen hätten. Einem Schreiber und einem Weichensteller gelang es, zwei Burtschen festzunehmen. Als man im Bahnhofsbureau dazu schritt, die Diebe zu verhaften, zogen beide Revolver hervor und schossen auf die Beamten. Der Weichensteller wurde sofort getötet, während der Schreiber noch lebend in einem D-Zug nach Berlin gebracht wurde, aber auf der Fahrt verstarb. Die Verbrecher wurden in Selbstmord festgenommen.

**Unterzahlungen eines Eisenbahnassistenten.** Der 16 Jahre alte Alfred Hesse verstarb auf dem Tempelhofer Güterbahnhof das Eintreten der Frachtbliese. Während er Frau und fünf Kinder zu Hause darben ließ, spielte er in Berlin den Lebemann. Das Geld zur Bestreitung dieser kostspieligen Lebenshaltung verschaffte er sich durch fortgesetzte Unterzahlungen, die er durch falsche Buchungen geraume Zeit hindurch zu verdecken wußte, bis sie jetzt bei einer Prüfung aufgedeckt wurden. Die Veruntreuungen erreichten nach und nach den Betrag von 20 000 M.

**Gasvergiftung.** Im Hause Leipziger Straße 37 wurden in der Pförnerstraße der 65 Jahre alte Pförtner August Hennig und die 17 Jahre alte Gardinenhändlerin Margarete Westphal tot aufgefunden. Ein Gashahn war nicht ganz geschlossen, die Stube mit Gas gefüllt. Das Mädchen war von der Mutter zu dem Pförtner geschickt worden, um eine Bestellung auszurichten.

**Opfer der Straßenbahn.** In der Frankfurter Allee wurde der achtjährige Knabe Nicolajow aus der Weißhofstraße 29 zu Lichtenberg von einer Straßenbahn überfahren und getötet. Um den Getöteten zu bergen, mußte die Feuerwehr den Wagen heben.

**Zur Beschlagnahme verpändelter Kleidungsstücke.** Die Reichsbeflehdungsstelle teilt mit, daß die Beschlagnahme der Pfänder in dem Augenblick eintritt, in dem der Pfandleiher berechtigt ist, die Versteigerung des Pfandes vorzunehmen. Gemäß einer Bundesratsverordnung ist an Stelle der unzulässigen Versteigerung die Veräußerung an den Kommunalverband getreten. Mit Rücksicht darauf, daß die verfallenen Pfänder nicht früher als ein Jahr nach ihrer Verpändung zur Veräußerung gebracht werden, und mit Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Kriegsteilnehmer, die aus dem Felde zurückkehren und ihre Kleidungs- und Wäscheartikel zurückhalten wollen, ordnet die Reichsbeflehdungsstelle an, daß ausnahmsweise die Einlösung aller verfallenen und noch verfallenden Pfänder, die am 30. Juli 1914 oder später verpändert worden sind, so lange zulässig bleiben soll, bis entweder eine freiwillige Veräußerung an den Kommunalverband erfolgt ist oder sie durch Anordnung der Reichsbeflehdungsstelle enteignet sind.

**Den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt hat der Polizeipräsident zu Berlin dem Konditor Paul Sieben in Berlin, Oberberger Straße 48, der Dekorantin des Filmklubs zu Berlin, Friedrichstraße 217, Frau W a h s m a n n geb. Wolff, wohnhaft in Berlin-Weißensee, Parzstraße 109, und der unverschämten Ella Schäfer, Berlin, Schulstraße 112.**

## Aus der Umgebung Leipzigs.

**Sammerfeld.** Verkauf von Brennholz. Durch die Dreistückeneisenbahn können Kiefern-Stämme und -Scheite zum Preise von 25 M. für den Raummeter als Brennholz geliefert werden. Diejenigen Einwohner, die solches Holz abnehmen wollen, müssen sich binnen 14 Tagen im Meldeamt hier in eine Liste eintragen lassen.

**Leipzig.** Alle die Selbstversorger, die ihr Fleisch aus Haus-schlachtungen erhalten, müssen sich eine Beschränkung in der Beschaffung mit anderen Nahrungsmitteln gefallen lassen. Sie werden nur die Hälfte von Gries, Nudeln, Graupen, Sago u. dergl. erhalten, die jeweils veranschlagt werden. Zu diesem Zwecke werden die jetzigen Nahrungsmittelfakten der Selbstversorger in weiße umgetauscht. Wenn diese Personen ganz von der Zuteilung (Zug) ausgeschlossen sind, wird dies besonders bekanntgegeben.

**Preisermäßigung für Volksschulbücher.** Von jetzt an sind in Rücksicht auf die Preissteigerungen im graphischen Gewerbe auch für die in den hiesigen Schulen benutzten Vef- und Weichenbücher erhöhte Preise zu zahlen. Es werden kosten:

Vefbücher 1. Stufe	1.80 M.	1.00 M.
" 2. "	2.50 "	1.60 "
" 3. "	2.80 "	1.80 "
" 4. "	3.00 "	2.00 "

Die Bibel-Ausgabe B, die in Leipzig eingeführt ist, wird nicht erhöht, nur die Ausgabe A von 1.00 M. auf 1.40 M.; ferner erhöhen sich die Preise für

Rechenbücher 2. Vorstufe von 20 Pfg. auf 30 Pfg.	
" 1. Stufe	35 "
" 2. "	40 "
" 3. "	40 "
" 4. "	55 "

Auch hier wird wieder am meisten betroffen der Vater oder die allein im Tafeinstampfe stehende Mutter, und zwar um so schwerer, je mehr Kinder zu erziehen sind. Hier hilft nur eins: Die Übernahme aller Kosten für Lehrmittel durch den Staat.

**Markenklahl.** Zwieback für Kranke und für Kinder von 1 bis 8 Jahren kann am Mittwoch in der sächsischen Verkaufsstelle entnommen werden. Abgegeben wird je ein Paket zu 40 Pfg.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die Nationalliberalen in Sachsen und die Wahlreform.

Den Nationalliberalen beginnt es allmählich etwas schummerig zu werden, wenn sie vor dem Lande die Verantwortung dafür tragen sollen, daß die Wahlreform für die Zweite Kammer durch ihr Verschulden gänzlich scheitert, denn an ihren Stimmen hing es, daß die Anträge auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der Neuordnungskommission abgelehnt wurden. Als nun kürzlich unser Genosse **L e i s n e r** sich nach dem Bericht erkundigte über das negative Wahlergebnis, da wurde die Wahlrechtsfrage von neuem behandelt, und zwar rühte Herr Dr. **S e n s e r**, der in der Öffentlichkeit immer noch als liberaler Mann gilt, mit einem Antrag heraus, der zwar nicht das allgemeine Wahlrecht fordert, aber etwas, das gegenüber dem jetzigen Pluralwahlrecht doch ein kleiner Fortschritt wäre.

Nun sind die Nationalliberalen aber nicht aus Freiheits- oder Gerechtigkeitsdrang zum Antrag Senser gekommen, sondern weil sie vermuten, daß sich das jetzige Pluralwahlrecht gegen sie lehren werde. Sie sagen sich nicht mit Unrecht, daß es einem Teil der Arbeiterschaft durch sein gestiegenes Einkommen möglich sein werde, drei- und vierstimmig zu wählen und dadurch die Anhänger der Nationalliberalen, die diese in den Angehörtenkreisen hat, zurückzudrängen. Die Herrschaften machen also ausschließlich Wahlpartei Politik, gerade das, was sie der Sozialdemokratie fortwährend vorwerfen.

In einem Artikel der Sächsischen Nationalliberalen Korrespondenz werden die angebotenen Gründe auseinandergelegt, die die Nationalliberalen veranlassen haben, in der Wahlrechtsfrage eine Schwankung vorzunehmen. Da der Artikel für die politische Auffassung der Nationalliberalen sehr kennzeichnend ist, mag folgendes daraus wiedergegeben sein:

Für die Beratungen über das Landtagwahlrecht haben die Nationalliberalen folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht: An Stelle des Pluralwahlrechts tritt das allgemeine Wahlrecht in Verbindung mit der Verhältniswahl und mit höchstens zwei Zusatzstimmen, für die in erster Linie das Alter, nicht aber Einkommen, Grundbesitz und ein papiernes Bildungszeugnis maßgebend sein soll. Für diesen Vorschlag sprechen praktische und ideale Gründe. Das jetzige Wahlrecht hat günstig gewirkt; denn die sächsische Zweite Kammer setzt sich so zusammen, daß die größeren politischen Parteien zu je einem Drittel vertreten sind. Durch den Krieg haben sich aber die Verhältnisse davor geändert, daß dasselbe Wahlrecht völlig anders wirken würde. Die Bestimmung in dem Gesetz über die Verlängerung der Mandatsdauer, wonach für die nächsten Wahlen für jeden Wähler das höchste Einkommen, das er versteuert hat, gelten soll, auch wenn zur Zeit der Wahl sich das Einkommen verringert hat, bewirkt, daß aus den Kreisen, die bei der letzten Wahl eine oder zwei Stimmen hatten, diese das nächste Mal mit drei und vier Stimmen angetreten würden. Und das würden gerade diejenigen sein, die nicht am Kriege teilgenommen haben, sondern ihrer Arbeit nachgehen konnten. Demgegenüber würden aus diesen Kreisen diejenigen, die ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, auf einer oder zwei Stimmen stehen bleiben. Das ergäbe einen ganz unbilligen Zustand. Bleibt man dazu die allgemeine Entwertung des Geldes in Betracht, so ergibt sich, daß das bestehende Wahlrecht seinen ursprünglichen Zweck, einen Damm gegen die Überflutung durch die Sozialdemokratie zu bilden, nicht erfüllen könnte. Im Bereich würde der wirtschaftliche Aufstieg die Zahl der sozialdemokratischen Wähler mit drei und vier Stimmen erheblich vermehren, und die Verbitterung, die in den Zurückbliebenden über das ihnen angekommene Unrecht entstehen muß, würde in gleicher Richtung wirken. Die Bemerkung, daß die Einkommen zu erhöhen; das sind ein Teil der Arbeiter, vor allem aber die unteren und mittleren Beamten und Privatangehörigen und ein Teil des erwerbenden Mittelstandes. Diese Kreise wären beim Weiterbestehen des heutigen Wahlrechts entrecht. Die Sozialdemokratie trafe man mit diesem Wahlrecht nicht mehr. Dabei muß erzwungen werden, ob es angesichts der Ergebnisse des Krieges überhaupt angebracht ist, ein ungleiches Wahlrecht weiterbestehen zu lassen. Der Krieg hat an alle gleiche Forderungen gestellt, hat von allen Ständen gleiche Opfer gefordert; demgegenüber muß auch ein entsprechender Ausgleich in der Ausübung von politischen Rechten gefunden werden. Die Gleichheit darf andersseits nicht mechanisch sein. Es ist deswegen zunächst berechtigt, daß man dem Alter ein Uebervorteil einräumt; das soll durch die Gewährung von ein oder zwei Zusatzstimmen für das höhere Lebensalter geschehen. Besonders wichtig aber erscheint in dieser Beziehung die Einlösung der Verhältniswahl. Sollte auch in Zukunft die absolute Mehrheit entscheiden, so besteht die Gefahr, daß ganze Schichten des Bürgerstandes von gewaltiger wirtschaftlicher Bedeutung einmal völlig ausgeschlossen werden könnten. Dieser Zustand hat sich bereits bei dem Reichstagswahlrecht ergeben: die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich Sachsen gegenüber dem Reich zeitweilig befunden hat und befindet, wurzelt nicht zum geringsten darin, daß Industrie und Gewerbe Sachsens im Reichstagsrat so gut wie nicht vertreten sind. Dies wäre bei dem Verhältniswahlrecht ausgeschlossen; eine außerordentliche Minderheit, die trotzdem für die Staatswirtschaft die größte Bedeutung haben kann, kann sich, da die verhältnismäßige Anzahl von Abgeordneten immer auf sie entfallen muß, neben der Masse behaupten. Ohne ein Verhältniswahlrecht kann an eine Änderung des bestehenden Wahlrechts nicht gedacht werden. Seine Ausgestaltung im einzelnen muß nach unserer Erörterung vorbehalten bleiben; auf jeden Fall wird sich erwidern lassen, der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der einzelnen Bevölkerungsschichten — soweit dies überhaupt bei einem Wahlrecht ausführbar ist — gerecht zu werden.

Darin werden sich alle Wahlmögler täuschen, daß sie in Zukunft mit politischen Abschlagszahlungen nicht davonkommen; denn „durch den Krieg haben sich auch die politischen Verhältnisse“ ganz anders verschoben als die Nationalliberalen annehmen oder öffentlich zugeben. Die Fortschrittler Sachsens sind darum sehr schlau, daß sie sich auf die Wahlform des allgemeinen Wahlrechts stellen, sonst ginge es ihnen wie allen Rückwärtlern bei der nächsten Wahl.

**Dresden.** Das Warenhaus Hermann Herzfeld ist wegen finanzieller Schwierigkeiten seit einiger Zeit geschlossen. Eine Gläubigerversammlung fand im Gläubigerklubverbande für Handel und Industrie in Berlin statt. Nach dem Bericht des Generalsekretärs liegen die Ursachen des Zusammenbruchs im Rückgang des Umsatzes, von 4 Millionen Mark im letzten Friedensjahre auf 2 200 000 Mark, während die Ausgaben 700 000 Mark betragen. Aus den früheren Verträgen des Jahres 1918 sind noch 60 Prozent rückständig. Das von der Kriegskreditbank für das Rückzahl-Zahlen anebene Darlehen von 600 000 M. (davon sind 100 000 M. zurückgezahlt worden) kostete einschließlich Provisionen 10 Prozent. (1) Die Aktien (Warenlager 400 000 M. Einkaufswert, 10 000 M. Sicherungshypotheken, 8000 M. hinterlegte Konten beim Schutzverband) sind nicht flüssig zu machen, da laut einem noch nicht rechtskräftig gewordenen Urteile erster Instanz das Warenlager nicht veräußert werden darf, sondern an die Kriegskreditbank herausgegeben werden muß. Das Konkursgericht hat den Konkurs am Montag mangels Masse abgelehnt und einen Kostenvorschlag von 20 000 M. verlangt. In den letzten Tagen sind Ver-

handlungen über das der Firma gehörige Geschäftshaus gepflogen worden, deren Abschluß den alten Gläubigern 10 bis 20 Prozent und den neuen Gläubigern, deren Zahl 150 beträgt, 50 bis 60 Prozent in Aussicht stellt. Es wurde beschlossen, gegen das Urteil Berufung einzulegen und die Kriegskreditbank nach dem vor ihr abgeschlossenen Sicherungsvertrag rechenschaftlich zu machen.

## Gerichtssaal.

### Schöffengericht.

**Schwarzschlachten und Kartoffeldiebstahl** beschäftigten das Schöffengericht in der Anlage gegen den Gastwirt Karl August Schneider in Leipzig und dessen Ehefrau Auguste Pauline Schneider. Die beiden Angeklagten haben am 15. Oktober gemeinschaftlich auf einem Gemeinacker, auf dem sie zwölf Acker Kartoffeln gepachtet hatten, auch noch eine danebenliegende Fläche ausgemacht und sich so widerrechtlich noch gegen 20 Zentner Kartoffeln verschafft. Eine Hausfuchung führte 55 Zentner Kartoffeln zu Tage, wovon den Angeklagten 10 Zent er belassen wurden, der Rest ist beschlagnahmt und zu Gunsten der Gemeindefläche verkauft worden. In dem Gartenhause Schneiders fand man außerdem auch noch Schweinefleisch, einen Schinken, Speck und andere Fleischwaren, sowie neun noch ziemlich frische Schweinebläsen vor und in der Verhandlung gab Schneider selbst zu, daß er im September und Oktober sieben Schweine heimlich schlachtet hat, er behauptete aber, das seien Tiere im Alter von drei Monaten und im Gewicht unter achtzig Pfund gewesen, die Fleischwaren, die bei ihm gefunden seien, hätten von einem halben Schweine herangezogen, das er unter der Hand aus Weizenfeld gewonnen habe, die Sendung habe 45 Pfund gewogen und er habe nur das Pfund 3 M. bezahlt. Wegen des gemeinschaftlichen Kartoffeldiebstahls wurden die beiden Angeklagten zu je sechs Tagen Gefängnisstrafe verurteilt, wegen der Vernehn bestialisch Gehelmschlachtens usw. erhielt Schneider eine Geldstrafe von insgesamt 717.20 Mark anerkannt.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Gewerkschaften in Leipzig im Jahre 1917.

Der vorläufige Bericht des Leipziger Gewerkschaftsrates und des Arbeitersekretariats für das Jahr 1917 ist erschienen. Sein Inhalt erstreckt sich auf die Mitgliederbewegung, die Arbeitslosigkeit während des Krieges und die Industrierückbildung im Arbeitersekretariat. An männlichen Mitgliedern hatten nach den Angaben des Rates die Gewerkschaften am 1. Januar 1917 34 080, am 31. Dezember 1917 16 020; weibliche Mitglieder waren am 1. Januar 8065 und am 31. Dezember 6001. Insgesamt waren Mitglieder am 1. Januar 1917 82 095 und am 31. Dezember 1917 25 021. (Das ist vor allem auf das Ausschleiden einer Reihe Gewerkschaften aus dem Kartell zurückzuführen. Ueber diese Gewerkschaften enthält die Statistik des Rates vom 31. Dezember 1917 keine Angaben.) 51 888 Mitglieder waren im Deere. Der Metallarbeiterverband hat die größte Mitgliederzahl. Er hatte am 1. Januar 1917 5580 männliche und 892 weibliche Mitglieder, während 18 940 Mitglieder im Deere waren. Den Metallarbeitern folgen die Holzarbeiter mit 2800 männlichen und 450 weiblichen Mitgliedern am 1. Januar 1917. Am 31. Dezember 1917 hatten sie 2000 männliche und 600 weibliche Mitglieder. 8098 Mitglieder waren im Deere. Die Transportarbeiter hatten Mitglieder: am 1. Januar 1917 2821 männliche und 544 weibliche; am 31. Dezember 1917 2278 männliche und 1038 weibliche. 6719 Mitglieder waren im Deere. Die Eisenarbeiter hatten am 1. Januar 2204 und am 31. Dezember 1917 2184 männliche Mitglieder; 5192 waren im Deere. Die Fabrikarbeiter hatten am 1. Januar 1917 1975 männliche und 891 weibliche Mitglieder, am 31. Dezember 1917 1190 männliche und 1487 weibliche Mitglieder; 2041 waren im Deere. Die übrigen Gewerkschaften hatten weniger als 1000 Mitglieder. Die Zahl der Arbeitslosen, die den Gewerkschaften angehörten, betrug im Juli 1914, also im letzten Friedensmonat, 2006. Sie stieg im ersten Kriegmonat auf 14 220 und betrug im September 1914 noch 10 667, im Dezember 1914 5188. Erst ein Jahr später, im Dezember 1915, war die Zahl der Arbeitslosen auf unter 1000, nämlich auf 787 gesunken. Im Dezember 1916 betrug die Zahl der Arbeitslosen 171, im Dezember 1917 81.

Das Arbeitersekretariat hatte im Jahre 1917 10 256 Besuche zu verzeichnen. Die Zahl der Personen, die es in Anspruch nahmen, betrug 11 001. Im Durchschnitt kamen auf den Tag 88,4 Personen. Das Sekretariat erstellte 11 038 Auskünfte und fertigte 848 Schriftstücke und schriftliche Auskünfte an. Die Besonderezahl ist im Berichtsjahr um 1501, die Zahl der Auskünfte um 1707 gegenüber dem Vorjahre gesunken. Von den 11 001 Personen, die Rechtsbeistände nachsuchten, waren 4016 männlichen und 6985 weiblichen Geschlechts. Außerdem nahmen zwei Behörden das Sekretariat in Anspruch. Gewerkschaftlich organisiert waren 4895 Personen, das sind 41,7 Prozent der Gesamtzahl der Auskunftsnehmenden. 10 288 der Auskunftsnehmenden wohnen in Leipzig und in den Vororten, 718 in anderen Orten. Auskunft wurde erteilt: über Arbeiterverhältnisse in 1093 Fällen, über Arbeits- und Dienstvertrag in 1110 Fällen, über Bürgerliches Recht in 9795 Fällen, über Gemeinde- und Staatsangehörigkeiten in 3791 Fällen, über Strafrecht in 744 Fällen. Im übrigen handelte es sich um Auskunft über Vereins- und Versammlungsgesetze, Arbeiterbewegung, Privatversicherung, Handels- und Gewerbesachen und Pfändensachen. Persönliche Beratungen erfolgten in 45 Terminen, davon vor dem Oberverwaltungsamt 129, vor dem Amtsgericht 10, vor dem Gewerbeamt 2, vor dem Kaufmannsgericht 1, vor dem Versicherungsamt 0.

### „Zur wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter“

Schreibt die Bergarbeiterzeitung in einem Artikel „Bergarbeiterschutz und Wahlreform“:

Das Blatt führt aus, daß der gesetzliche Bergarbeiterschutz in Deutschland weiter hinter dem ausländischen zurückgeblieben sei, weil es die Landtage, vor allem das preussische Dreiklassenparlament, an dem nötigen Arbeiterschutz hätten fehlen lassen. Selbst Regierungsanträge wären verhungert worden. Die Bergarbeiterzeitung sagt dazu:

„Deshalb glau die überliche Verfassung der Bergarbeiter vor dem Kriege in trauriger Weise zurück, Krankheiten und Unfälle nahmen rasche zu, frühzeitiger trat die Invalidität ein und die knappschaftlichen Leistungen an Kranke, Invaliden, Witwen und Waisen sind am Leben viel zu gering. Darum herrscht auch aufreizende Mißgunst im Arbeitsverhältnis. In das Gebotswort eine unerschöpfliche Quelle von Unfällen, steht es an gesetzlicher Einlösung, werden schwächliche jugendliche und weibliche Arbeitskräfte weit über Gebühr ausgenutzt. Das alles hat die Bergarbeiterschaft während des Krieges mit Dinstahl auf die Höhe des Gemeinwessens extra gemacht. Sie hat schwere Opfer gebracht zur Erhaltung von Reich und Staat. Hat es ertragen in der Hoffnung, daß die von der Reichsregierung schon 1914 beschlossenen inneren Reformen, die von dem Kaiser und Königin 1917 förmlich angeordnete Reformierung des preussischen Landtages zur Tatfache würde. Jetzt aber steht die Bergarbeiterschaft, daß anarisch-konservative, großkapitalistisch-laboristische Nichts-als-Wahlpolitik dabei sind, mit ihrem Ansehen die Hoffnungen der Bergarbeiterschaft auf bessere Lebensbedingungen, der nach den schweren Entbehrungen dieses Jahres doppelt mehr zu erhöhen.“

Das Bergarbeiterorgan konstatiert, daß ihm zahlreiche Zuschriften aus Bergarbeiterkreisen zugekommen seien, deren Ton auf die Erklärung gerichtet sei: „Wir wollen um die Reform betrogen werden.“ Das Blatt wartet in erster Stunde die Verhältnisse der Bergarbeiter und er gibt die Stimmung wieder, die jetzt in regierungsfremden Kreisen herrscht. Wie war es doch

**Im Sommer 1917?** Da wurde über eine „friedliche Revolution“ in Deutschland geschrieben; ihre „Erfolge“ wurden gepriesen und jetzt muß man konstataren, daß eigentlich nichts erreicht worden ist, daß sich die Lage der Arbeiter verschlechtert hat, und daß die Nachahmer nicht daran denken, freiwillig der Arbeiterklasse mehr Rechte einzuräumen. Das alles beweist, wie notwendig es ist, an den alten Grundgedanken des sozialistischen Klassenbewußtsein des Proletariats festzuhalten.

**Ungünstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für Dienstboten.**  
Nach den Feststellungen des kaiserlichen statistischen Amtes kamen bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen im Dezember 1917

auf 100 offene Stellen 42 weibliche Dienstboten für häusliche Haushaltungen und 40 landwirtschaftliche Arbeiterinnen. Dagegen kamen 192 Hilfsarbeiterinnen auf 100 offene Stellen. Diese Gegenüberstellung beweist, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Dienstboten am ungünstigsten sind, sonst würden sich mehr weibliche Arbeitskräfte dem Dienstbotenberuf zuwenden.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Erika und Holde. Die persönliche Bearbeitung von Erika und Holde, im Cortischen Verlag erschienen, ist zur Zeit vergriffen, also nur antiquarisch zu haben.  
E. G. Die Witwe Ihres Bruders erbt nicht mit.

M. G. N. 130. 1. Z. 18 bedeutet Krantzhelfen der Brust, die zeitweilig dienstunfähig machen, jedoch beseitigt oder derartig vermindert werden können, daß gänzliche oder teilweise Tauglichkeit eintritt. 2. Die zweite Frage ist mit dieser Antwort erledigt.  
Bewind. Darüber gibt es keine Bestimmungen, die für das ganze Heer gleichlautend sind.  
Auktions. Eine solche Bestimmung besteht nicht. Das freiwillige Mitglied erhält Krantzengeld, wenn es vom Arzt erwerbsunfähig krank geschrieben wird. 2. Der Verfasser hieß Dr. D. Hauser. Es ist derselbe Verfasser.  
R. 100. Die Gewerantenlösung erhalten die etatsmäßigen Unteroffiziere nach einer Gesamtdienstzeit von 5 1/2 Jahren. Sie haben also keinen Anspruch auf diese Lösung.

**Neues Theater.**  
Kugelschloß, (Hornum 1415.)  
Montag, den 18. Februar 1918  
48. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, Braun):  
In der Neuen Uebung

**Fra Diavolo oder: Das Gasthaus zu Terracina.**  
Komische Oper in 3 Akten von D. F. C. Huber.  
Text nach dem Französischen des Scire von C. Blum.  
Musik. Leitung: Kapellmeister Herr. Bühnenleiter: Spielleiter Martin  
Personen: Fra Diavolo, unter dem Namen des Marquis von Marco  
(André Böger); Lord Rosburgh (Ulrich Hofe); Pamela, seine  
Gemahlin (Waldtraut); Corrado, römischer Dragoneroffizier  
(Ulrich Hofe); Walter, Wirt des Gasthauses (Emil Hertel);  
Berlino, seine Tochter (Lise Schulz-Dornburg); Clarino, Beppo,  
Rambino (Walter Aune, Georg Marton).

**Altes Theater.**  
Richard-Wagner-Platz, (Hornum 1416.)  
Montag, den 18. Februar 1918  
Hendell

**Meine Frau, die Hofschaffmeisterin.**  
Bühnenstück in 3 Akten von Alfred Nöcker und Gotthard Sachs.  
Inszeniert von Spielleiter Hermann Rudolph.  
Personen: Dr. Auri Weidberg, Schriftsteller (Hans Noll); Aorta  
Weidberg-Wallat, Hofschaffmeisterin, seine Frau (M. Ols-  
berger); Elise, seine Schwester (Hilke Noll); Wally Strupp,  
Architektenmeister (Wilhelm Engel); v. Waldberg, Remittanten-  
besitzer (Erich Weidberg); Erich Weidberg, oänd. phil. (Emil Hertel);  
Emil Köpffe, Rentier (Karl Guth); Walter Fingershoff, Ober-  
studienrat (Willy Hoffmann-Bräm); Theo Wanders, Schauspieler  
(Ulrich Hofe); Ernst Weidberg, Schauspieler (Oskar Berger)  
Leise Burg, Schauspielerin (Lilla Ditt); Erna Rind, Schauspieler-  
in (Waldtraut); Helge Weidberg, Opernsängerin (Auri  
Hofe); Rudmann, Anwalt (Karl Weidberg); Heinrich  
Dimer bei Dr. Weidberg (Hans Noll).

**„Der Hias“  
kommt  
wieder am 1. März!**

**Zahn-Praxis  
Minna Torton  
Bücherstr. 45, I  
am Hauptbahnhof.  
Tel. 10875. Geogr. 1898  
Künstl. Zähne v. L. 25 an  
Plomben von 1,- an  
Repar. sof. Bill. Preisf.  
Sicheres Behandlung  
Filiata Gossowitz,  
Pozaner Str. 5. I. 1**

**Reparaturen  
an Uhren jeder Art  
nur streng solide  
Ausführung und  
unter Garantie bei  
Gustav Kaniss  
Uhrmach., Tauchaer Str. 6**

**Neues Operellen-Theater.**  
Kugelschloß, (Hornum 1415.)  
Montag, den 18. Februar 1918  
Sollmannsche Vorstellung.

**Unter der blühenden Linde.**  
Ein feinstes Spiel mit Gesang in 3 Akten von E. Hoffmann v. Fallersleben.  
Musikleitung: Spielleiter Rudolf Haag.  
Musikalische Leitung: Kapellmeister Alexander Gelo.  
Personen: Julius Kelling, Rentier (Oskar Weidberg); Hans Kottler,  
Maler (Walter Aune); Peter Thurnwald, Schriftsteller (Rudi  
Hofe); Walter Jung, Musikdirektor (Willy Hoffmann); Auri Erlens  
(André Böger); Volte, seine Tochter (Margar. Köpffe); Waffina,  
Wirtschafflerin bei Erlens (Emma Rossmann); Wally (Lise Schulz-Dornburg);  
Dr. Auri Kottlerberg, Apotheker (Ulrich Hofe); Ditt (Lilla Ditt).  
Musik nach dem 1. Akt.

**Leipziger Schauspielhaus.**  
Gopfertstr. 17/18. Direktion: Fritz Weidberg. Hornum 1000  
Montag, den 18. Februar 1918  
Die Schwestern und der Fremde.  
Schauspiel in 2 Aufzügen und einem Vorspiel von Bruno Frank.  
In Szene gesetzt von Fritz Weidberg.  
Personen: Frau von Gollub (Paula Weidberg); Cordula, Judith, ihre  
Töchter (Gertrude Langelocher, Lina Gollub); Rudolf Dornberg  
(Paul Weidberg); Dr. Gollub (Hans Noll); Zofina (Lilla  
Ditt); Ein alter Herr (Hans Noll); Eine Schenkerin (Lilla  
Ditt); Eine junge Schenkerin (Lilla Weidberg); Ein Haus-  
meister (Julius Weidberg); Eine Waise (Gertrude Langelocher); Ein  
zweifelhafter Kandidat (H. W. Laurentz); Eine Witwin (D. Weidberg).  
Musik nach dem 1. Aufzuge.  
Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.  
Zwisch- und Jahreskarten haben Gültigkeit.  
Die Logenplätze sind geöffnet nachmittags von 10-12 Uhr. Sonntag von  
11-2 Uhr.

**Hainstrasse 19.** **Licht-U.T. Spiel** **Durchgang Riebeckbräu.**

Telephon 3187. J.M. KUNZEL. Telephon 3187.

**Ab heute neues Doppel-Programm.**  
Erst-Aufführung.  
Nur für Erwachsene.

**Liebe und Leidenschaft**  
Tragödie in 5 Akten.  
In der Hauptrolle: **Bola Negri.**

**Die Wachsmaske**  
Schauspiel in 4 Akten.  
Hauptrolle: **Lu Synd.**

Anfang täglich 4 Uhr.

**Der Vorverkauf der Eintrittskarten zu den städtischen Theatern** beginnt am Sonntag für die Monatsgastspiele, am Montag für die übrigen Vorstellungen der laufenden Woche bis einschließlich Sonntag.

Kartenbestellungen durch Fernsprecher können nicht mehr angenommen werden, schriftliche Vorbestellungen nur dann, wenn der Preis für die bestellten Karten einschließlich der Vormerkgebühr von 30 Pf. sowie das Porto für die von der Kasse zuzuschickende Bestätigung entweder vorher eingelandt oder beigestellt ist.

Die Karten des III. Ranges (im Neuen Operellen-Theater der Gallerie) gelangen nur am Vorstellungstage selbst zur Ausgabe, auch werden nicht mehr wie 2 Karten dieser Plagattung an jeden einzelnen Käufer abgegeben.

Leipzig, am 18. Februar 1918.  
Die Intendanten der städtischen Theater.

**Battenberg-Theater**  
Montag, den 18. Februar 1918, abends 7 1/2 Uhr, zum 4. Male:  
**Wie wir vergeben unsern Schuldigern.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Fr. Lehna.  
Dienstag: „Wie wir vergeben unsern Schuldigern.“  
Kartenvorverkauf an den Tageskassen von 10-12 Uhr.

**Krystall-Palast Theater** Fernspr. 2921

Allabendlich kolossaler Erfolg der berühmten Universal-Künstlerin **Erna Offeney** mit ihrem grossen Ballett.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Latzentrakten 7.- 11.

**Battenberg**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr  
**Der vorzügl. Februar-Spielplan**  
Tageskasse von 10-12 Uhr und Zigarren-Geschäft E. Birch, Katharinenstr. 6.

**Gross-Stadt Leipzig Nürnberg**

Bayersche Str. 5/10. Fernspr. 1430.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr  
**Junghänel-Sänger**  
Vollständig neuer Spielplan. — Zum Schluss:  
**Villa Käse.** Komödie von O. Junghänel.  
Vorverkauf bei Polich, Klemm und an der Theaterkasse Gross-Leipzig.

**Gelbe Schmalz-Kohlrüben**  
10 Pfund 95 Pf. Rübemus ohne Marken mit Himbeergehalt 10 Pfund 55 Pf.  
**Hermann Sturm, L.-Kleinzschecher**  
Diestkaufstrasse 56. Telephon 40858.

**Photogr. Vergrößerungen**  
in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung  
fertig als Spezialität preiswert  
früher in Firma Proessdorf Schäfer & Koch.  
Laden: Bayersche Strasse 41.  
Erste Anzeichnungen. Feinste Referenzen.

**Düngenkalk für Garten- und Feldbesitzer**  
wird morgen Dienstag von früh 8 Uhr an auf dem Bahnhofs Bahnhof ausgegeben. Jede mitbringen!  
**Rudolf Müller, L.-Plagwitz,** Weissenfeller Str. 30, Telephon 40658.

**Rob. Hellmann** Matzk. 22, Telephon 4411  
**Pietät** Matzk. 22, Telephon 4411  
**Gebr. Reiche** Lbr. St. 48, Kitz. St. 11.  
**Erikette, Kohlen** Ferd. Grabau, N., Tauchaer Str. 29  
Herrn. Haderkorn & Co., Plagwitz  
W. Staudt, Vo., Mühlstr. 11, Kirchstr. 10  
Herrn. Vogler, Sophienstr. 40.  
**Klein- u. Stahlwaren** Hausstein & Kirchner, Brühl 21  
**Kleinig & Blasberg,** Zeltzer Str. 37.  
**Alwin Richter,** Dresden Str. 26, A., Breitenstr. 22.  
Ergo Suda, Nürnberg. Str. 2.  
A. Wicke, M.B., Halleische Str. 123.  
**Führwesen** Gebr. Reiche, Zochendorfer Str.  
**Haus- und Küchengeräte** Anna Blam, Zeltzerstr. 21

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Frachelt wöchentlich dreimal. Bei Einkäufen bestens empfohlen.

**Automaten-Restaurants**  
Ecke Neumarkt. Goldenor Hirsch. Postautomat  
Mittagsessen von 40 Pf. an. Belgote Bröckchen & 20 Pf.  
Bier :: Kaffee :: Tee :: Süßwaren :: Zigarren.

**Uhrn, Eidwaren** M. Kernski Necht, große Kap.-Werkst., Nürnberg. Str. 6  
**Rautius** Paganlose Trauringe Zur Trauring-Ecke, Reichsstr., Ecke Schumannstr. 34.  
**Schwarz, Schuhm.** Gohlis, Linden-Rosenberger, P., thaler Str. 16.  
**Photograph. Artikel** Gebr. Grundmann, Burgstraße 15  
**Wohlmanns** Herrn. Poststr. 10, Hall. Str. 100, C. F. Gabriel, E. Reichenstr. 5, Gohlis  
**Drogen, Farben** Richard Heindl, Dufourstr. 21. M. Springer, Neht., II., Gohlis. Str. 17

**Kolonwaren** Otto Bräcken, Südt. 66.  
Paul Kutschka, Kitz. Astenstr. 21.  
Osw. Mahling, L., Aurolienstr. 24.  
C. W. Möbius Neht., Nürnberg. Str. 43.  
E. Müller, L., Siemerlingstr. 2.  
Thomas Mühle, Mehlhandlg. Kolonialw.  
Ranet. Stw. 21, Ecke Naundorf.  
Aug. Thärichen, Paul Vieweg, Sell., Wursenerstr. 154.  
**Vermlutungen** Laden m. Wohn. z. verm. M. 630.—  
Wohn. m. Gas z. verm. 4 Zl. u. Zab. M. 475.— Leipzig-Vo., Rabel 50.

**Soldaten sein schön**  
Bilder aus der Kaserne und Lazarett von **Karl Fischer**  
Gebunden Mk. 1.50  
Broschürt Mk. 1.00  
Verlag **Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Abteilung Buchhandlung Leipzig  
Tauchaer Strasse 19/21.  
Die Ansträger u. Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**Spezialkarte von Sachsen mit Abgrenzung der Reichstagswahlkreise.**  
Auf dieser Karte ist jeder Ort Sachsens zu finden.  
Maßstab 1:300 000  
Preis gefalzt im Umschlag 0.60 in Mappe 1.25 aufgez. in Mappe 2.50  
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.  
Postcheckkonto Nr. 53477.  
Die Ansträger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**Schiller**  
Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter v. **Franz Meiring**  
Preis 1.— M.  
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.  
Postcheckkonto Nr. 53477.  
Die Ansträger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

**Koller, Lederwaren** M. Blach, Wilsdrufferstr. 11, Telephon 11  
**Schirma, St. Goke** M. Müller, Neht., Eisenbahnstr. 56  
**Häkelerei** Jos. Fritsch, Etr., Wilsdrufferstr. 25.  
Wihl. Herber, Etr., Dölitzschstr. 118  
Genel. Str. 4  
**M. Schubert** Tel. 16224.  
**Wohnfabrikate** Otto Weymann, Marktloberg  
H. Weizen- und Roggenmehl.  
**Größtschecher** Karl Dähne, Kol., Drogen, Farb. J. F. Siegler, Kolonialwaren.  
**Schlagholz** W. Zeman, Huta, Müll., Markt  
**Schnefeld** Krankenf. Barb., Park-Platz 5.  
**Whren** E. Faust, Kol., Döl., Bahnhofstr. 4

**Das gute Niebeck Bier**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19180218/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Professor Unrat.

Roman von Heinrich Mann.

17) Unrat bekam sofort die Sachverständigenkarte, zu der alles Gedruckte ihn nötigte. Er erkannte das sozialdemokratische Lokalblatt. „Sehen wir denn also“, versetzte er, „wie es — immer mal wieder mit dieser Leistung befehle ist.“

in der weit aufgerissenen Tür. Unrat sprang zurück, man konnte ihn sehen. Die Tür blieb halb geöffnet. Draußen hieß es: „Gott's Dittell“ und „n grönsteden Aeed!“ und „Wer lang hett, lett lang hängen!“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Alles Theater (Die Sündlerin). — Stets wiederholt sich das in literarischen Leben, sobald eine neue Gestaltung durchdringt und neue Form sucht, daß Schwache sich an den neuen Gedanken, Gefühlen und Werken entzünden und sich stark vornehmen, als schöpferische Geister empfinden, und stets wiederholt sich das, daß im Anfang der Bewegung diese Schwachen und die Schöpferischen nicht scharf getrennt werden.

was sie bedeuten sollen. Sie spricht in einem fort nicht nur als Magdalena; sondern zugleich als Auslegerin ihrer selbst, und zwar als eine, die den bekannten „Blut“- und „Erb“-Jargon herbeizieht den landläufigen Literaten aufbringen, wenn sie stark sinnliche Naturen charakterisieren wollen; nur daß dieser Jargon hier natürlich mühsam ins Esthetische hinaufgeschraubt ist und der Zuhörer in einem fort darauf gestoßen wird, daß der gute Dichter weniger mit Blut und Erb als mit Druckerwärme und Tinte vertrackt ist, weniger aus Menschenbeobachtung und eigener Erfahrung als aus der Letztere Erinnerungsbilder in sich trägt.

Konzerte. Einen Beethoven-Abend veranstaltete am Sonntag im Kaufhaus Telemague Lambri no, der eine erfreulich zahlreiche und aufmerksam folgende Zuhörerschaft vor sich sah. Sein Programm umfaßte das Sonatenbündel aus dem Jahre 1793 (C-Moll, F-Dur, D-Dur, Wert 10), G-Moll, das Mondo a capriccio, Wert 120, und als Schlußstück die Es-Dur-Sonate, Wert 91 (Es adieux), die als das einzige programmatische Stück des Klaviermeisters gelten kann.

Am Freitag gaben Irma Terzani und Ella Majelson im Kaufhaus ein gemeinsames Konzert. Die Finnländerin Terzani hat sich in den Jahren ihrer Tätigkeit als Mezzosopranistin der Dresdener Hofoper zu einer dramatischen Sängerin mit leidenschaftlichem Empfinden entwickelt und in Rollen wie Carmen, Amneris, Dalila, Waltraute kann eine Nebenbühlerin zu stellen. Ihre anspruchsvolle und in mancherlei ungewöhnlichen Manieren die französische Schöpfung nicht verleugnende Stimme hat nach und nach feiner Kultiviert bekommen und wird jetzt, dank der weit über den Durchschnitt stehenden musikalischen Intelligenz der Sängerin, in ganz meisterlicher Weise verwendet.

Neues Theater. Dienstag, 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit. Mittwoch, 8 Uhr: Wallensteins Tod. Donnerstag, 7 Uhr: Die Journale. Freitag, 7 Uhr: Wenn ich König wär. Sonnabend, 1/2 Uhr: Die toten Augen. Sonntag, 5 Uhr: Siegfried. Montag, 25. Februar, 7 Uhr: Pöhlisch Gold; Die Abreise; Liebespläne. Dienstag, 26. Februar, 6 Uhr: König Lear. — Altes Theater. Dienstag, 7 Uhr: Verlobungsdienstag (kein Kartenverkauf). Mittwoch, 8 Uhr: Peterchens Mondfahrt, abends geschlossen. Donnerstag, 7 Uhr: Veranstaltung des Kriegsdienstes für kriegsbeschäftigte Arbeiter (kein Kartenverkauf). Freitag, 7 Uhr: Meine Frau, die Hofschaffmeisterin. Sonnabend, 8 Uhr: Peterchens Mondfahrt, 7 Uhr: Die Sündlerin. Sonntag, 7 Uhr: Die Sündlerin. Montag, 25. Februar, 1/2 Uhr: Minna von Barnhelm (volkstümliche Vorstellung). Dienstag, 26. Februar, geschlossen. — Neues Operntheater. Dienstag, 7 Uhr: Die Gluckesstirn. Mittwoch, 7 Uhr: Gluckesstirn. Donnerstag, 7 Uhr: Die Rose von Stambul. Freitag, 7 Uhr: Vereinsvorstellung (kein Kartenverkauf). Sonnabend, 7 Uhr: Gluckesstirn. Sonntag, 7 Uhr: Die Rose von Stambul. Montag, 25. Februar, 7 Uhr: Danus (volkstümliche Vorstellung). Dienstag, 26. Februar, 7 Uhr: Der Troubadour.

Leipziger Schauspielhaus. Dienstag, 7 Uhr: Die blonden Wädel vom Vindenhof. Mittwoch, 7 Uhr: Die Schmettlingen. Donnerstag, 7 Uhr: Frau Sultner. Freitag, 7 Uhr: Einmal Weibchen. Sonnabend, 3 Uhr: Frau Solle, 7 Uhr: Die Meisterschüler. Sonntag, 12 Uhr: Künstlerische Morgenfeier (Waltische Kunst). 3 Uhr: Frau Solle, 7 Uhr: Die Meisterschüler. Montag, 25. Februar, 3 Uhr: Die Meisterschüler. Dienstag, 26. Februar, 7 Uhr: Die Schmettlingen und der Fremde. Mittwoch, 27. Februar, 7 Uhr: Vorstellung aus eigenen Werken von Bruno Frank. Donnerstag, 28. Februar, 7 Uhr: Gaskpiel von Dandelore Fiegler (Eigene Kunst). Rimodrama (Die Hand).

Vollentheater. Dienstag, 1/8 Uhr: Wie wir vergaßen unsern Schuldigen. Mittwoch, 1/4 Uhr: Peterle, der Schusterbub. 1/8 Uhr: Wie wir vergaßen unsern Schuldigen. Donnerstag, Freitag, Sonnabend, 1/8 Uhr: Wie wir vergaßen unsern Schuldigen. — Konzerte und Vorträge. Mittwoch, 7 Uhr, in der Albertshalle: 5. Abend deutscher Meisterprediger (Goethe-Abend von Paul Wiede); 8 Uhr, im Kaufhaus: Klavierabend von Witta Klisch; Freitag, 1/8 Uhr, im Kaufhaus: Lieberabend von Hermann Gura. — Sonnabend, 1/2 Uhr, im Kaufhaus: Konzert von Witta Klisch. — Sonntag, 7 Uhr, im Kaufhaus: Klavierabend von Witta Klisch. — Mittwoch, 27. Februar, 8 Uhr, in der Thomaskirche: Zweites Muredtskonzert des Liedelverens (Werke von Schred, Mendelssohn, Schubert, Liszt und Rheinberger).